

Herbst 2010 Nr.656 4,50 €
Zeitung für soziale Dreigliederung, neue Lebensformen, Umweltfragen

jedermannsch



Ökologie verantworten

nutzlos

Ökologie verantworten!

Liebe jedermenschen!

Der Verkehrsclub Deutschland hat nachgerechnet. Durch die Produktion hängt jeder 50. Arbeitsplatz an der Autoindustrie. Addiert man noch die direkten Dienstleistungen dazu, ist es nur jeder 25. Arbeitsplatz. Die Autolobby behauptet aber steif, es sei jeder 7. Ein Mythos kann aber vom Sockel gestürzt werden. Dazu will dieser jedermensch beitragen. In diesem Sinne, viel Spaß beim Lesen, Euer Dieter Koschek

Die Automobilisten sind die größte Randgruppe unserer Gesellschaft. Sie bringen uns an den Rand des Abgrunds. *Johannes Denger*

Inhalt

Zeitkommentare

Die ökologische Zukunft von <i>Dieter Koschek</i>	3	Rückkehr der Straßenbahn von <i>Friedrich Weidelich</i>	13
Europäisches Sozialforum: Ein anderes Europa ist nötig von <i>Silke Veth</i>	4	Es geht vor allem um die Bahn von <i>Anton Kimpfler</i>	14
Europäisch Aufbegehren von <i>Michale Elfert</i>	6	Stuttgart 21	15
Oasen des Finanzkapitalismus von <i>Dieter Koschek</i>	7	Fahrradrevolution in Paris	16
		Fußverkehr fördern	17
		Schluß mit der Atomkraft	18
		Internationales	
Eulenspiegels Projektwerkstatt	8	<i>Projekt Eco Villaggio Autocostruito</i>	21
		Anthroposophie & jedermensch	
Ökologie verantworten - sanfter Verkehr		Pflanzliche Fruchtbarkeit und Gefährdetheit von <i>Anton Kimpfler</i>	22
Energie - klimafreundlich und in Bürgerhand von <i>Wolfram Nolte</i>	10		
Bodensee-S-Bahn	12	Eulenspiegels Kulturraum	24

Wochenendseminar

Freitag, 22. bis Sonntag, 24. Oktober 2010

Angst vor eigener seelischer Lebendigkeit

Das Lustige und das Gestrenge in uns

Mit Anton Kimpfler (Schriftsteller), Ansgar Liebhart (Psychotherapeut) und Inga Gessinger (Eurythmie).

Beiträge, psychologische Gesprächsarbeit und eurythmisches Bewegen (leichte Schuhe mitbringen!)

Es steckt etwas wie eine ganze Schattengesellschaft in jedem Menschen. Mal geht es sehr komisch zu, dann aber auch recht turbulent, maskiert oder voller List. Freunde werden plötzlich zu Feinden – und umgekehrt. Kann eine heilsame Auseinandersetzung mit dem stattfinden, was sich auch als unserer innerer Eulenspiegel benennen lässt?

Kostenbeitrag 40 Euro, Ermäßigung möglich (ohne Übernachtung und Verpflegung).

Übernachtung ist in unserem Holzhaus mit eigenem Schlafsack für 9 Euro möglich. Gerne organisieren wir auch ein

Zimmer im Dorf. Wir bieten ein gemeinsames Mittagessen für 9 Euro an (am Samstag und Sonntag). Frühstück und

Abendessen in Selbstorganisation (Gaststätte oder Selbstversorgerküche). Bitte bei Anmeldung angeben.

Eulenspiegels Kulturraum, Dorfstr. 25, 88142 Wasserburg/B. 08382-89056

Impressum

Herausgeber: Jedermensch-Verlag, Brutschin & Koschek GbR, Dorfstr. 25, 88142 Wasserburg(B)

Vertrieb und Redaktion: Jedermensch-Verlag, Dorfstr. 25, 88142 Wasserburg (B), Telefon: 08382/89056

Redaktion: Dieter Koschek (ViSdP) und Anton Kimpfler

Gestaltung: Dieter Koschek; Das Titelblatt gestalten Klaus Korpiun und Renate Brutschin; die Skizzen im Inneren stammen ebenfalls von Renate Brutschin. Handschriften stammen von Barbara Wagner.

Freie Mitarbeiter: Alte und neue Freunde des jedermensch und des Modell Wasserburg e.V.

Alle Zahlungen bitte an: Jedermensch-Verlag, Konto-Nr. 13 70 70-206,

Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20) .

Internationale Bankverbindung:

IBAN DE18 2001 0020 0137 0702 06; BIC PBNKDEFF

Der jedermensch erscheint vierteljährlich, jeweils März, Juni, September und Dezember. Einzelexemplare kosten 4.50 €, Abonnement jährlich 18 € (einschl. Porto und Versand).

Druck: digitaldruck leibi, Holzheimer Str. 7, 89233 Neu-Ulm

Der jedermensch wird auf Umweltschutzpapier gedruckt.

Die Auflage beträgt 250. ISSN 0949 – 3247

klimaneutral gedruckt



589-53247-0310-1072
weitere Infos: www.leibi.de/klimc

Die ökologische Zukunft

Bereits Anfang der 80er Jahre hat Rolf Schwendter, österreichischer Zukunftsforscher und Professor für abweichendes Verhalten, sowie Musiker und Literat, vorausgesagt, dass in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts eine ökologische (R)evolution zu erwarten ist. Ein Zusammenspielen aus Ökokatastrophen, aufwachender Zivilgesellschaft und auf systemimmanenten Ökonomisierung von „toten Kosten“ und einer Überproduktionskrise führe zu einer Ökologisierung aller Lebensbereiche.

Klar ist, dass der Kapitalismus hier eine Überlebenschance für sich sieht, ein Ausweg, um auch in Zukunft gut Geld verdienen zu können. Die Anzeichen sind ja deutlich genug zu sehen. Elektroautos als Form neuer Mobilität, Sonnenenergienutzung, das Projekt Sonnenstrom aus Afrika für Europa usw. Die „ökologische Maschinerie“ (Schwendter) wird sich aber „global verwertend, aber extrem dezentral, megalomaisch ganzheitlich und mikrologisch, gesund Antwortvielfältig und multikulturell, aber differenziert unterdrückend“ zeigen.

Und dann fort-schreiten in die Biotechnologie. Auch wenn es so scheint, als ob die Ökologisierung des Kapitalismus systemimmanent erscheint, dann können wir uns als Zivilgesellschaft nicht zur Ruhe setzen, denn das Kapital sucht solange

seinen Profit, wie es nur geht. Das zeigte sich bei dem Scheitern der Klimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen deutlich. Auch die geplante Verlängerung von Laufzeiten der Atomkraftwerke in Deutschland zeigt deutlich, dass es um den Profit geht und nicht um Sorgen, der Strom könnte ausgehen. Deshalb muss die Zivilgesellschaft weiter an den ökologischen Fragen aktiv bleiben und sein. Das Kapital ist langsam und eigensinnig, auch wenn langfristig jeder Anleger sein Heil in ökologischen Technologien suchen wird. Der Kapitalismus sitzt derzeit fest im Sattel, auch wenn einige Korrekturen erfolgen müssen. Derzeit werden Kontrollen der Finanzmärkte und -produkte, sowie Finanztransaktionssteuern von den Mächtigen diskutiert und die Umweltauflagen werden überall (wenn auch ungleich schnell) erhöht werden. Der Biomarkt boomt, allerdings gewinnen hier vor allem die großen Discounter und Hersteller.

Die Analyse und Kritik des Kapitalismus bleibt eine der

ersten Aufgaben der Zivilgesellschaft. Aber in fast allen Gesprächsrunden wird beklagt, dass die Gesellschaft nicht genug Wissen und Bildung hat, um hier ein massiveres Umdenken voranzubringen. Das Kapital hintertreibt hier durch Lobbyismus und Destruktivität eine Bildung, die ihm an den Kragen gehen könnte. Das System ist mächtig, die Verteidigung des Kapitals ist in Finanzierungen im Vorteil und die parteipolitische Demokratie hat keine Kraft mehr.

Deshalb ist es die wichtigste Aufgabe, die Zivilgesellschaft weiter zu entwickeln und zu fördern. Das geschieht am wirkungsvollsten in dem wir auf den einzelnen Menschen setzen und ihn ermächtigen sich für seine Interessen im Sozialen einzusetzen. Die Bildung von handlungsfähigen Menschengruppen ist dann ein zweiter Schritt. Aus dieser Bewegung heraus werden Strukturen entstehen, die die Macht des Kapitals beschneiden und sicherlich eines Tages auch zum Einsturz bringen werden. Darauf müssen wir uns vorbereiten und Strukturen entwickeln, die dann einspringen

können und eine neue Gesellschaft gestalten.

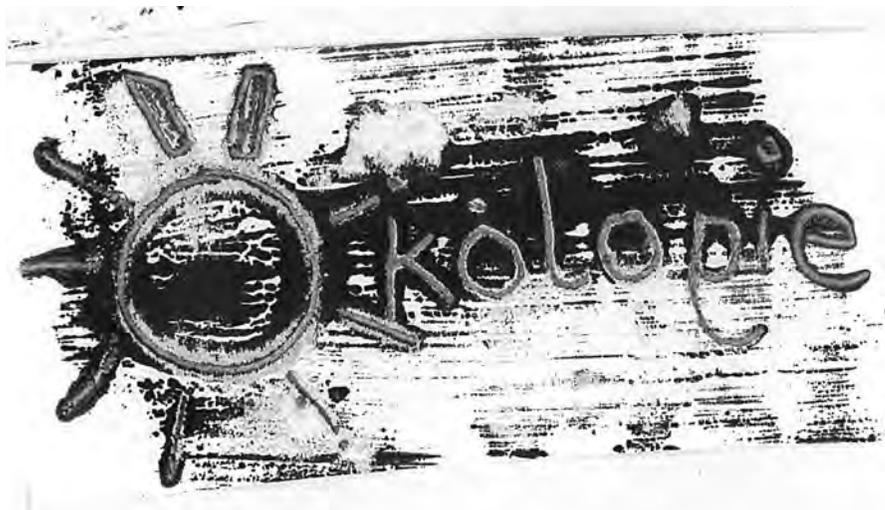
Wir fangen heute nicht bei null an. Bürgerinitiativen haben in den letzten 100 Jahren (zum Teil auch mit vernichtenden Rückschlägen) einen resonanzfähigen Boden bereitet. Kulturell denke ich dabei an die reformpädagogische Be-

wegung seit Anfang des letzten Jahrhundert, dass sich heute in freien Alternativschulen, Montessori- und Waldorfschulen u.ä. zeigt. Die Position von freien Schulen muss den Staatsschulen gleichgesetzt werden und dann werden auch freie Universitäten folgen. Demokratischere Bürgerbeteiligungsmodelle hin zu einer direkteren Demokratie gibt es heute bereits viele und werden auch schon in vielen Städten und Regionen ausprobiert, Informationen und Wissen stehen heute bereits zur Verfügung und werden verbreitet.

Dafür gibt es viele Beispiele und über diese berichten wir in unserer Zeitung auch immer wieder.

Ein wesentlicher Teil - und vielleicht der schwierigste - ist jedoch die eigenen Herzensbildung. In jedem selbst braucht es noch eine Bildung, um zu einem kritischeren und selbstbewussteren Denken zu kommen, das den Menschen als Teil des Ganzen versteht und dafür auch Verantwortung zu übernehmen bereit ist.

Dieter Koschek



Europäisches Sozialforum:

„Ein anderes Europa ist nötig!“ lautet der Aufruf des Europäischen Sozialforums, dem politischen Treffpunkt vieler sozialer Bewegungen, linker Netzwerke, kritischer WissenschaftlerInnen und Nichtregierungsorganisationen, das vom 1.- 4. Juli 2010 in Istanbul stattfand. Im Angesicht des globalen Klimawandels, der Festung Europa und der massiven Krisenabwälzungen auf die abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen sollten die vielfältigen Stimmen für ein anderes Europa gebündelt werden und das Forum zu einem „Labor des internationalen Widerstands“ werden. Istanbul 2010 war das sechste Europäische Sozialforum seit 2001. Istanbul war ein besonderer Ort für die Austragung des Forums. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Debatten um den EU-Beitritt der Türkei und die vermeintlichen Grenzen Europas, aber auch, weil Istanbul Transit-Stadt ist für viele MigrantInnen, Flüchtlinge oder SexarbeiterInnen auf ihrem Weg in die EU. 2009 wurde die 20-jährige Städtepartnerschaft Berlin-Istanbul gefeiert. Istanbul ist dieses Jahr Europäische Kulturhauptstadt. Das ESF sollte einen wichtigen Kontrapunkt setzen zu den glamourösen Feierlichkeiten und den westlichen Klischeevorstellungen einer exotischen Metropole zwischen ‚Orient‘ und ‚Okzident‘.

Missverhältnis zwischen institutionalisierter Linke und sozialen Bewegungen

Der erhoffte Impuls, der von Istanbul ausgehen sollte, ist nicht erfolgt. Neben der europäischen Krise war beinahe genauso oft von der Krise des ESF zu hören. Die Eröffnungsveranstaltung, die mit der Abschlussdemo des Treffens des „World March of Women“ am 30. Juni begann, war laut und feministisch. 3.000 Menschen nahmen dann nur in den nächsten drei Tagen an den Seminaren teil. Lediglich zur Abschlussdemonstration waren rund 10.000 Leute auf der Straße. Es ist eine Entwicklung zu beobachten, die sich schon vor zwei Jahren in Malmö angedeutet hatte und vielleicht mittlerweile widersprüchlich zum Gedanken des Sozialforums, ein wachsender Ort für einen breiten Austausch und neue Allianzen sein zu wollen, ist: Das ESF ist immer mehr ein Ort, an dem sich Netzwerke treffen und der damit auch relativ geschlossen wirkt. Gleichzeitig haben traditionelle Seminare, Kommunikationsformen und die Präsenz von FunktionärInnen zugenommen.

Das Spannungsverhältnis zwischen einer institutionalisierten Linken und sozialen Bewegungen war schon von Anfang an präsent. Problematisch ist heute, dass sich das quantitative Verhältnis stark zu Ungunsten der Bewegungen verändert hat. Es fehlten die intellektuellen Europas sowie eine Kunst- und Kulturszene, die für emanzipative, queere Forderungen eines anderen Europas stehen. Es ist paradox: Wir haben eine Schwäche der Bewegung in einer politischen Situation, die förmlich nach Verständigung schreit. Der Charme

des Neuen ist jedoch endgültig weg und diejenigen, für die das ESF noch Bezugspunkt ist, müssen sich fragen, wie dieses wieder attraktiv werden kann. Dazu gehört z.B. auch, die internationalen und transnationalen Bezüge und Kontakte des ESF zu stärken, um das globale Setting der Krise nicht aus den Augen zu verlieren, so Raffaella Bollini, Vertreterin der italienischen Koordination des ESF und WSF.

Alte und neue Kämpfe

Betrachtet man die thematische Vielfalt der Veranstaltungen, war natürlich die Analyse der Konsequenzen der Krise und die Entwicklung von Alternativen stark präsent – wenn auch oft sehr konventionell umgesetzt. Darüber hinaus spielten die Fragen der Repression in der Türkei und insbesondere in Kurdistan sowie die Frage des Widerstands gegen Großprojekte und Privatisierungen im Wassersektor eine große Rolle. Die Bewegungen gegen Staudammprojekte haben das Forum zum großen Teil als Ort für ihre Vernetzung genutzt. Auch Konflikte im Bereich der Arbeits- und Gewerkschaftsrechte, der Bildungspolitik und der Formierung einer europäischen Rechten spielten eine große Rolle. Feministische und queere Seminare konnte man mit der Lupe suchen.

Zum ersten Mal auf einem ESF, in einem relevanten Maße sichtbar, waren die Diskussionen und Aktionen der Bewegung für Klimagerechtigkeit, die seit Kopenhagen im Dezember vergangenen Jahres viel Dynamik entwickelt hat. Vielerorts wurde klar, dass Fragen ökologischer und sozialer Gerechtigkeit verbunden werden müssen und dies andere Formen der Reproduktion und Produktion nach sich ziehen muss. Es geht um eine Deglobalisierung aus linker Perspektive, so Ewa Charkiewicz vom feministischen Netzwerk WIDE. Diese Debatte birgt Sprengstoff für die europäische Linke. Das zeigt zum Beispiel die Diskussion in der Abschlussversammlung, als von einem Vertreter des Climate Justice Network das Mobilisierungsmotto „No Cuts – More Growth“ des Europäischen Gewerkschaftsbundes für den Aktionstag am 29. September 2010 scharf kritisiert wurde.

Nichtsdestotrotz: Die Debatten der Klimabewegung sind im ESF angekommen. Zwei Bewegungen, die es geschafft haben, jenseits von überladenen Riesenpodien neue Formen der Auseinandersetzung zu finden und sich mit Bewegungen vor Ort zu vernetzen, sind die AktivistInnen im Feld stadtpolitischer Kämpfe, des „Recht auf Stadt“ und gegen Vertreibung sowie die migrationspolitischen Netzwerke. Beide waren mit einem eigenen thematischen Programm sichtbar und haben sowohl Veranstaltungen im Rahmen des ESF angeboten wie auch zusammen mit Gruppen vor Ort Aktionen und Diskussionen in den Vierteln und an relevanten Orten der Auseinandersetzung initiiert. Das lokale Netzwerk „Kein-Mensch-ist-illegal“ organisierte eine Demonstration vom ESF-Tagungsort zum Ab-

Ein anderes Europa ist nötig

schiebegefängnis in Kumkapi, einem Stadtteil von Istanbul, in dem unter unmenschlichen Bedingungen Flüchtlinge u.a. aus Pakistan, Bulgarien, Kurdistan und afrikanischen Ländern untergebracht sind.

Konzept des offenen Raums

Ein Plädoyer für den offenen Prozesscharakter der Sozialforen hielt der Brasilianer Chico Whitaker, einer der Gründungsväter des Weltsozialforums. Für ihn ist das Sozialforum der Ort, an dem vergangene und zukünftige politische Aktionen gemeinsam reflektiert werden, die sich dann jeweils vor Ort wieder konkretisieren und umsetzen. Das Sozialforum ist für ihn ein Werkzeug für die Reflektionsphase und erfüllt diese Aufgabe umso besser, wenn es möglichst viele unterschiedliche Akteure versammelt und gegenseitiges Verständnis ermöglicht. Das ESF, so Whitaker, muss dafür wachsen, die Charta von Porto Alegre ist die Methode, zum Erfolg zu kommen. Wie dies praktisch umgesetzt werden kann, zeigt das eine Woche vorher dem ESF stattgefundenen US-Sozialforum in Detroit, das mit 1.200 selbstorganisierten Veranstaltungen und horizontalen Workshopkonzepten von vielen Teilnehmenden als großer Erfolg eingeschätzt wurde. Das lag vor allem daran, dass sowohl die Vorstellung des „open space“, d.h. das Versprechen, „wenn du hierher kommst, wirst du nicht instrumentalisiert“, sehr deutlich kommuniziert, als auch ein Konzept der Intentionalität verfolgt wurde, d.h. die verschiedenen Spektren der sozialen Linken und Zivilgesellschaft vom Organisationsteam gezielt zur Teilnahme und Vorbereitung aufgefordert wurden. Zudem wurde dem „Right Attitude“, d.h. der gegenseitigen Achtung vor der jeweiligen Andersartigkeit, hohe Priorität zugemessen. Dazu gehört, dass auch der „dümmste“ Vorschlag ernsthaft diskutiert wird, so Francine Mestrum, eine Vertreterin des Detroit Sozialforums.

Im Rahmen des ESF wird das Konzept des offenen Raums jedoch immer schwieriger umsetzbar, weil sich grob formuliert, eine Struktur herausgebildet hat, die Macht hat, aber nicht kontrolliert werden kann, weil sie offiziell keine Macht hat. Das Konzept der Horizontalität funktioniert eben auch nur, wenn die TeilnehmerInnen sich weiterentwickeln, lernen und Vereinbarungen von Arbeitsschritten auch in den jeweiligen Bewegungen in ihren Ländern umgesetzt werden. Daran muss in der nächsten Zeit gearbeitet werden.

Zwischen progressivem Chaos und mangelnder Organisation

Schon in den vergangenen Wochen und Monaten war ersichtlich, dass die Vorbereitungsgruppe des diesjährigen ESF mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Die vereinbarte Unterstützung von TeilnehmerInnen aus mittel- und osteuropäischen Ländern konnte nur in

letzter Minute wirklich zugesagt werden, die Bereitstellung einer Übersetzungsstruktur war prekär. Der Punkt ist wahrscheinlich gekommen, dass, gerade wenn in Zukunft das ESF in Ländern stattfinden wird, die über weniger Ressourcen und Know-how verfügen und zudem die Linke schwach und/oder gespalten ist, eine transnationale Organisation des Forums umso wichtiger wird und die Vorbereitungsgremien, die so genannten European Preparatory Assemblies, kurz EPAs, wieder mehr Verantwortung diesbezüglich übernehmen müssen.

Wie weiter?

Die Krise des ESF, bzw. der europäischen Linken, die das ESF organisieren und verkörpern sollten, war am letzten Tag in der „Final Assembly“, der Schlussversammlung, auch zu spüren. Es gab keinen Vorschlag zu eigenen Initiativen des ESF, sondern es wurde aufgefordert, sich an der europaweiten Mobilisierung der Gewerkschaften am 29. September 2010 zu beteiligen. Zweifelsohne sind die Gewerkschaften wichtige Akteurinnen des Prozesses. Dennoch: Dies wird einem großen Teil der Bewegung, der heute fehlt, aber wichtig für die Heterogenität und auch die Attraktivität des ESF ist, wieder ein Beweis sein, dass das ESF sich immer mehr zu einem Ort entwickelt, wo klassische linke Diskussionen präsent sind, aber nicht der Austausch mit progressiven, neuen Bewegungen, die hegemoniale Lösungsansätze in der Linken in Frage stellen, anders organisiert und vernetzt sind, gesucht wird. Über dieses Problem der Vereinseitigung des ESF, das entscheidend zu seiner schleichenden Marginalität beiträgt, muss nun in einem breiten Konsultationsprozess mit den Bewegungen in den einzelnen Ländern diskutiert werden.

In einer Versammlung der europäischen Bewegungen am 23./24.10.10 oder 13./14.11.10 in Paris soll dann weiter über die Mobilisierung und Koordinierung der europäischen Linken diskutiert werden, das diesjährige ESF ausgewertet und die Zukunft des europäischen Sozialforum-Prozesses in die Hand genommen werden. Hoffentlich in einer Art und Weise, dass das ESF wieder entwicklungsfähig wird, Attraktivität und Größe zurückgewinnt und noch genügend Raum für Dinge lässt, die wir uns heute noch gar nicht denken können. (HDH)

Silke Veth

Die Autorin ist Referentin für internationale Politik und soziale Bewegungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung.



Europäisch aufbegehren

Ein Kernelement des am 1. Dezember 2009 inkraftgetretenen Vertrages von Lissabon ist die Europäische Bürgerinitiative (EBI), die auch aufgrund der Hartnäckigkeit des Vereins Mehr Demokratie Eingang in den Vertragstext gefunden hat. Zum ersten Mal gibt es die Möglichkeit für die BürgerInnen, die Agenda auf EU-Ebene mitzubestimmen. Die Formulierung des entsprechenden Artikels im Lissabon-Vertrag (siehe Kasten) lässt jedoch viele wichtige Detailfragen unbeantwortet. Mindestens eine Million Stimmen aus einer erheblichen Zahl von Mitgliedstaaten müssen gesammelt werden. Nur, wie und nach welchen Kriterien darf gesammelt werden? Was heißt eigentlich „erheblich“? Und was geschieht, wenn diese Hürde erreicht worden ist? Um solche Fragen zu klären, bedarf es zur Anwendung der EBI noch einer Rechtsverordnung.

Am 11. November 2009 hat die EU-Kommission ein Grünbuch zur EBI veröffentlicht, in dem Fragen aufgeworfen und Lösungen vorgeschlagen werden. Bis Ende Januar konnten zivilgesellschaftliche Initiativen und Einzelpersonen in einem Konsultationsverfahren zu den Vorschlägen der Kommission Stellung nehmen. Mehr Demokratie hat dies natürlich auch getan. Die Stellungnahme ist auf unserer Webseite abrufbar. Unserer Auffassung nach enthält das Grünbuch der EU-Kommission viel zu hohe Hürden und blendet wichtige Punkte, die für ein anwendungsfreundliches Initiativrecht wesentlich sind, aus. So versteht die Kommission unter einer „erheblichen Anzahl“ mindestens neun Länder, wobei aus jedem dieser Länder die Unterschriften von 0,2 Prozent der Einwohner beigebracht werden sollen – dies wären z.B. für Deutschland 160.000. Diese Anforderungen würden ressourcenstarke, ohnehin europaweit aufgestellte Verbände bevorzugen, während weniger breit aufgestellte bzw. ressourcenschwache Initiativen kaum eine Chance hätten. Wir halten es für ausreichend, wenn in einem Fünftel bis einem Sechstel der Mitgliedstaaten mindestens 0,05 Prozent der BürgerInnen eine EBI unterschrieben haben. Die Unterschriften sollten frei – also nicht nur in Amtsräumen – und innerhalb eines Zeitraums von 18 Monaten gesammelt werden dürfen. Denn gerade in ländlichen Gebieten braucht es Zeit, eine große Anzahl an Unterschriften zusammen zu bekommen. Außerdem muss auch die Unterschriftensammlung im Internet ermöglicht werden. Falls eine Initiative für unzulässig erklärt werden sollte, muss es die Möglichkeit geben, diese Entscheidung vor dem Europäischen Gerichtshof anzufechten. Bisher ist umstritten, ob EBI's auch Änderungen der EU-Verträge zum Inhalt haben dürfen. Dies ist aus unserer Sicht sowohl europarechtlich möglich als auch politisch dringend notwendig. So werden im Unterschied zu den Verfassungen der Mitgliedstaaten viele politische Feststellungen in den Verträgen selbst getroffen. Die Kommission äußert sich zu diesem Punkt überhaupt nicht

und geht offenbar davon aus, dass Bürgerinitiativen zu diesem Thema nicht möglich sind.

Artikel 11 (4) des Lissabon-Vertrages:
 „Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, deren Anzahl mindestens eine Million betragen und bei denen es sich um Staatsangehörige einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten handeln muss, können die Initiative ergreifen und die Europäische Kommission auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse geeignete Vorschläge zu Themen zu unterbreiten, zu denen es nach Ansicht jener Bürgerinnen und Bürger eines Rechtsakts der Union bedarf, um die Verträge umzusetzen.“

Da eine EBI viele Ressourcen erfordert, schlagen wir vor, dass ein Teil der Kosten erstattet wird. Außerdem sollte es Zugang zu Übersetzungsdiensten der EU geben. Entscheidend ist die Frage, welche Wirkung eine formal erfolgreiche EBI erzielt. Hierzu findet sich im Grünbuch so gut wie gar nichts. Nichts wäre schlimmer, als wenn eine Bürgerinitiative viel Zeit, Geld und Material in das Sammeln von Unterschriften und eine Kampagne stecken würde und ihr Anliegen dann nicht ernsthaft behandelt würde. Die Kommission sollte daher verpflichtet sein, eine EBI zu behandeln und auch innerhalb einer bestimmten Frist zu entscheiden, ob sie sich das Anliegen – ggfs. teilweise – zu Eigen macht. Vor der Entscheidung muss eine öffentliche Anhörung der Initiative erfolgen. Wenn die Europäische Kommission einen Vorschlag für einen Rechtsakt vorlegt, dann sollte die Initiative auch vom EU-Parlament sowie vom Ministerrat angehört werden müssen. Die EU-Kommission wird einen Entwurf der Verordnung vorlegen. EU-Parlament und Ministerrat müssen sich dann damit beschäftigen und die Verordnung am Ende beschließen.

Dr. Michael Efler, Volkswirt und Sozialökonom, ist Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie.

Europäische Bürgerinitiativen, die geplant sind oder bereits gestartet haben:

- Europäische Bürgerinitiative für einen freien Sonntag in Europa
- Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung: Initiative gegen Vorratsdatenspeicherung
- Greenpeace: Initiative für ein europaweites Gentechnikverbot
- attac: Bürgerinitiative für einen neuen EU-Grundlagenvertrag
- Europäische Allianz von Initiativen Angewandter Anthroposophie (ELIANT)

Oasen gegen den Finanzkapitalismus

Am 10. Mai 2010 kam Wolfgang Kessler auf Einladung der Vorarlberger Volkswirtschaftlichen Gesellschaft nach Dornbirn. Kessler, Wirtschaftsjournalist, Autor mehrere Bücher und Redakteur bei publik-forum, einer unabhängigen christlichen kritischen Zeitschrift (www.publik-forum.de) sprach zum Thema „Sauberes Geld“. Der Tauschkreis Vorarlberg nahm dies zum Anlass sich öffentlich zu präsentieren, Margit Rümmele und Dieter Koschek besetzten einen Infotisch, um dem Kreis der Zuhörer auch eine praktische Alternative anzubieten.

Wolfgang Kessler zeichnete in seinem Vortrag den Weg von der Krise zu einer gerechten Finanzwelt. Er ist überzeugt, dass die Regierungen aus der Finanzkrise (immerhin gingen 4000 Milliarden US Dollars verloren) nicht wirklich gelernt haben und wir sehen heute ja, dass alle so weiter machen wollen wie bisher. Diese Finanzkrise ist auch keine neue Krise, sondern hat ihre Ursachen in der Konstruktion der Finanzwelt, ausgehend von Bretton Woods, über die Konvertibilität der Währungen und der Aufhebung der Goldbindung des Dollars 1973, bis zur vollständigen Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Dadurch wurden Währungen zum Spekulationsobjekt und riesige Kapitalmengen suchten nach Renditen. Diese hier nur kurz skizzierte Entwicklung führte dazu, dass sich die Finanzmärkte völlig von der Realwirtschaft ablösten und unvorstellbare Summen aktivierten. „2007 wurden am weltweiten Devisenmarkt **täglich** mehr als 3000 Milliarden US-Dollar gehandelt. Wenn man in Betracht zieht, dass der gesamte Welthandel im Jahr 2007 rund 14 Milliarden Dollar betrug.“ Das bedeutet, dass 2007 nur zwei Prozent aller weltweit getätigten Devisentransaktionen im Zusammenhang mit realwirtschaftlichen Aktivitäten standen, die restlichen 98 Prozent dienten allein der Spekulation.

Kessler zeigt auch, dass nach der Hypotheken-Krise der US-amerikanischen Häuslebauern das Finanzkapital wieder auf der Suche nach renditetriefenden Investitionen und Spekulationen ist (nicht nur gegen Griechenland oder der Eurozone). Auch Boden (Ackerland) ist aktuell ein großes Spekulationsobjekt.

Kessler hat Schritte zu einer gerechteren Finanzwelt aufgezeigt. Er fordert wieder Regeln für die Finanzwelt und die Besteuerung der Spekulation. Eine Finanztransaktionssteuer würde das Spekulationskarussell bremsen und Geld in die öffentlichen Haushalte führen. Er forderte eine neu geregelte Bankenwelt und die Stärkung der Oasen gegen den Finanzkapitalismus, wie Kessler die regionalen Währungen nennt, erachtet er für notwendig. Er verwies dabei laut und deutlich auf unsere Talente im Tauschkreis und als Zweitgeld mit Gutscheinen. Dass diese kleinen Oasen sich durchaus als schützende Systeme gegen die Spekulation eignen zeigte er am Beispiel des Schweizer WIR-Systems auf, an dem inzwischen schweizweit mehr als 60 000 Klein- und Mittelbetriebe teilnehmen.

Kesslers Vortrag beinhaltete noch viel mehr Vorschläge für eine gerechtere Finanzwelt, als ich hier in Kürze wiedergeben kann. Da trifft es sich gut, dass der erweiterte Vortrag als Beitrag in einem Buch erschienen ist, in dem man alles in Ruhe nachlesen kann. Wolfgang Kessler (Hrsg.), „Geld und Gewissen“, erschienen brandneu im Verlag Publik-Forum, Oberursel.

In diesem Buch finden sich auch noch Beiträge von Ulrich Duchrow „Die Religionen und das Geld“, Ralf Becker „Geld selbst gestalten (hier geht es vor allem um regionale Währungen) und von Antje Schneeweiß über „Ethisches Investment gegen den Crash“. Buchhinweise, Infos und Adressen runden das Buch ab.

Dieter Koschek

*Kessler und Schneeweiß (Hrsg.): „Geld und Gewissen – Was wir gegen den Crash tun können“, Mai 2010
Publik-Forum Oberursel (www.publik-forum.de)*

Geschäft über der Grenze

Auch deutsche Kommunen wollten nicht abseits stehen, als neuartige Anlagemöglichkeiten immensen Gewinn versprochen. Schnell machte das Wort vom „Cross-Border-Leasing“ die Runde. Man konnte eigene Objekte, von der Straßenbahn bis zum Netz der Wasserversorgung langfristig an die Amerikaner vermieten, dann wieder zurückmieten und dabei einen satten Gewinn einfahren. So mancher geplagte Kämmerer geriet ins Schwärmen. Dass ein etwa tausendseitiger Vertrag zu unterzeichnen war, mit oft nicht zu durchschauenden Klauseln, der Gerichtsstandort in Amerika lag - das war hinzunehmen. Risiko gehört eben zum Geschäft.

Kritiker wiesen bald auf die Mängel hin. So war bisweilen eine Klausel im Spiel, wonach das Mietobjekt nicht zu verändern sei oder nur im Einverständnis beider Seiten. Was war nun mit dem Fuhrpark, der zu erneuern wäre, die viel zu große Kläranlage, welche dringend angepasst werden müsste?

Auch ist es eine moralische Frage, ob eine Lücke im amerikanischen Steuersystem solcherart auszunutzen sei. Der Gewinn entstand nämlich durch einen Steuerrabatt, weil der Vertrag in den Vereinigten Staaten als ausländische Investition galt. Dieser Rabatt wurde mit der deutschen Kommune geteilt - auf Kosten vom amerikanischen Steuerzahler. Dieses Steuerschlupfloch wurde jetzt geschlossen, so dass auch die amerikanischen Firmen an einer Vertragsauflösung interessiert sind. Auf der deutschen Seite heißt es, dass, wenn denn alles gut geht, die ganze Sache nicht mit einem deutlichen Verlust endet. Zuvor müssen die Kommunen noch ein neues Finanzunternehmen finden, welches die Absicherung des Geschäftes übernimmt. Der riesige bisherige Versicherungskonzern ist selber in den Finanzstrudel geraten und kann nicht mehr für alles einstehen. Das wird nun teurer, steht aber so im Vertrag.

Jürgen Kaminski

Eulenspiegels Projektwerkstatt

Denktag

Sa. 9. Oktober ab 15 Uhr bis So. 10. Okt. 2010, 12.30 Uhr
Ideenwerkstatt - Denktag

Freie Kultur und Solidarische Wirtschaft

Aktualität der sozialen Dreigliederung

mit Dieter Koschek, Anton Kimpfner und Euch

Das dreigliedrige Schulsystem als Selektionsverfahren, das Abitur nach 12 Jahren Schule, der Bologna-Prozess sind Anzeichen, dass unser Bildungssystem sich immer mehr dem Wirtschaftsleben unterwirft. Dabei sind die Anzeichen eines Verfalls nicht zu übersehen.

Ein Bildungssystem das sich einem Wirtschaftsleben unterwirft, welches ebenfalls mehr Probleme bereitet denn Entwicklungen aufzeigt, verdient seinen Namen nicht.

Die Soziale Dreigliederung fordert die Unabhängigkeit des Geisteslebens vom Wirtschaftsleben. Freie Bildung muss frei sein von Zwängen der Wirtschaft und des Staates. Wie soll so ein Bildungssystem aussehen? Und welche Schritte zur Verwirklichung stehen an?

Solidarisches Wirtschaften ist ein Synonym für brüderliches Wirtschaften, das dem Menschen und seinen Bedürfnissen dient. Die globale Verteilung von Arbeit und Einkommen gerät immer mehr aus den Fugen. Kann regionales Wirtschaften hier mehr Sicherheiten bieten? Und wie muss das Wirtschaftsleben aussehen, in dem nicht alles dem Warencharakter und seiner Verwertbarkeit unterworfen wird?

Ausgehend von diesen Fragen und unseren Antworten wollen wir konkrete Handlungsschritte für uns, für jeden Einzelnen entwickeln.

Wir wollen in einer freien Gesprächsform uns den beiden Themen nähern. Dabei arbeiten wir nach den Prinzipien der Zukunftswerkstatt. Erst freies Assoziieren zum Thema, dann einen Schwerpunkt bilden und zuletzt konkrete Umsetzungsschritte überlegen.

Projektwerkstatt Eulenspiegel,

Dorfstr. 25, 142 Wasserburg 08382-89056

Der Denktag ist kostenfrei, Übernachtung in unserem Holzhaus möglich (13 €), Selbstverpflegung, gemeinsames Mittag- und Abendessen im Restaurant möglich.

Bionetz Lindau

Der Bioeinkaufsführer für Lindau, Wangen und Tettang ist in der 5. Auflage neu erschienen und in etwa 200 Betrieben, Läden und vor allem Apotheken und Touristinformationen ausgelegt worden.

Mit dem Einkaufsführer soll vor allem der regionale Bio Markt gefördert werden und die Biobranche regional und direkt gefördert werden.

Langenegg gewinnt Preis

Die Gemeinde Langenegg hat den europäischen Dorferneuerungspreis gewonnen. Die eigene Währung, die Langenegger Talente, sind in der Presseausendung der Jury als einer der wichtigen Beiträge angeführt. (ein Bericht dazu im jedermensch 655)

Case CaroCarrubo „in dialogo“

Una terza volta wird Anton Kimpfner wieder im Herbst in CaseCaroCarrubo, Sizilien, zu einem Wochenendseminar sein: Samstag, 16. und Sonntag, 17. Oktober 2010.

Es richtet sich vor allem an den örtlichen Bekanntenkreis, doch ist natürlich jede/r eingeladen, die/der gerne einmal nach Sizilien reisen und CaseCaroCarrubo und seinen Umkreis kennen lernen möchte. Das Seminar wird zweisprachig, deutsch-italienisch, geführt.

In den Gesprächen hier ist immer wieder Interesse an den Inhalten der Anthroposophie und der Dreigliederung spürbar, verbunden mit großer Offenheit.

Nach dem Wochenende wird sich zum ersten Mal ein Vortrag in Catania anschließen: Seit kurzem gibt es auch dort eine kleine Schulinitiative auf Grundlage der Waldorfpädagogik.

*Nähere Informationen direkt bei Renate Brutschin in
Sizilien: Casella Postale 28, I-97013 Comiso
Tel 0039-3393154580, e-mail: info@carocarrubo.it
www.carocarrubo.org*

Milas

Aus dem Rundbrief vom Juni 2010 aus dem Milas in Yogyakarta.

„Das Open-House im Milas kann derzeit etwa 15 Jugendlichen eine Ausbildung und Arbeitsplätze bieten. Um dieses fortgesetzt zu sichern, benötigen wir Eure Unterstützung. Die laufenden Kosten für das Open House betragen etwa fünf Millionen Rupiah im Monat, das sind circa 440 Euro. Darin nicht inbegriffen, sind Anschaffungen, z.B. würden wir gerne die Nähstube mit zwei weiteren Nähmaschinen ausrüsten, um mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen. Eine Maschine kostet 1 Million Rupiah (etwa 90 Euro). Außerdem möchten wir gerne mehrere Näherinnen zu einem Naturbatik-Kurs schicken, bei dem sie lernen, mit natürlichen Farben und umweltfreundlichen Wachstechniken Batik zu gestalten und damit ihre Einkommensbasis zu erweitern. Pro Teilnehmerin betragen die Kurskosten etwa 500.000 Rupiah (etwa 45 Euro). Ihr seht also: Auch mit kleinen Beträgen könnt Ihr viel für das Milas bewirken! Im Namen aller Beteiligten hier sei Euch dafür herzlich gedankt!“

Spendenkonto: AkIK e.V. Sparkasse Bodensee BLZ 69050001, Kontonummer 20817888 Stichwort: MILAS
Der gesamte vierseitige Rundbrief kann in Wasserburg angefordert werden. Am günstigsten per email.
dk

Artemisia Kräutergarten

Artemisia ist der Gattungsname des Beifußes. Benannt nach der Göttin Artemis, der Heil und Leben spendenden Erdenmutter. Der Beifuß gilt von alters her als heilig. Als 'Mariens Bettstroh' wird er mit der Mutter Gottes in Zusammenhang gebracht, die das Himmlische mit dem Irdischen verbindet.

Tief in der lebendigen Erde wurzelt die Pflanze. Mit Blatt und Blüte empfängt sie das kosmische Licht und schenkt uns Kraft und Heilung.

Der Allgäuer Kräutergarten ist ein Ort der Begegnung zwischen uns Menschen und den alten Heilpflanzen unserer Heimat. Ihre Farben, ihren Duft, ihre Kräfte und ihr verborgenes Wesen gilt es mit wachen Sinnen zu erspüren. Die Pflanzen sind - im Gegensatz zu uns Menschen - mit ihrem Standort fest verwurzelt. Sie entwickeln sich durch Sonnenkraft, durch die Kräfte der Erde und durch die Liebe der Menschen, die für sie Sorge tragen.

Ihre Organe und Sinneszellen sind allen äußeren Einflüssen offen hingegeben, deren Eindrücke sie in feinste Stoffwechselprozesse umsetzen. Eine Pflanze ist der völlige Ausdruck ihrer Umgebung. Diese Qualität überträgt sie auf den Menschen, der sie im Garten erlebt oder als Tee genießt. Wir von Artemisia gestalten bewußt den Allgäuer Kräutergarten, in dem unsere Pflanzen wachsen. Erde, Pflanze, Tier und Mensch wirken in Ganzheit miteinander und bilden ein lebendiges Gesamtkunstwerk.

Die achtsame Arbeit mit Herz und Hand ist uns dabei ebenso selbstverständlich wie die Einhaltung der Richtlinien des ökologischen Landbaus und das werterhaltende Trocknen und Verpacken der handverlesenen Blüten und Blätter.

Lassen Sie den Allgäuer Kräutergarten durch seine Tees und regelmäßigen Veranstaltungen zu Ihrem persönlichen Ort der Begegnung mit unseren Pflanzenfreunden werden.

artemisia, Hopfen 29, 88167 Stiefenhofen im Allgäu
Donnerstag bis Sonntag 12 - 18 Uhr
Während der Sommermonate haben wir von Mittwoch bis Sonntag von 12 - 18 Uhr geöffnet.
Telefon: 08386-961530
Fax: 08386-961520
e-mail: info@artemisia.de



Straßenschau?

Wer verhindern will, dass das Haus, in dem er wohnt (auch als Mieter) weltweit im Internet zur Schau gestellt wird, muss das extra bis zum 15. Oktober 2010 beantragen bei: Google Germany GmbH, Street View, ABC-Straße 19, D-20354 Hamburg. (sonst ist es eventuell auch eine Einladung für Einbrecher.)

Zum Glück gibt es in Deutschland viele Absagen! Wohl auch drei Bundesminister wollen ihr Haus nicht im Internet gezeigt sehen.

Es sollte immer die genaue Adresse und eine Beschreibung des Hauses angegeben werden (zum Beispiel Farbe, Balkone), das nicht gezeigt werden soll.

Gabriele Kleber

Betreff: Änderung der Mediengebühren

An den Bundesrat - Vertretung der Ministerpräsidenten, Berlin

In unserem Haushalt gibt es weder Rundfunk noch Fernsehen, auch keinen Internetanschluss oder Computer. Wir haben beide auch nichts, was mit Mobilfunk zu tun hat.

Deshalb ist es uns auch nicht möglich eine Gebühr zu entrichten, die für jeden Haushalt gültig sein soll. Wir bitten also auf deine diktatorische Zwangsgebühr zu verzichten. Das widerspricht dem Menschenrecht.

Gabriele Kleber und Anton Kimpfler

Mittwoch, 22. September 2010, 20.00 Uhr

Jugend und Gewalt

Die Problematik der technischen Medien
Vortrag und Gespräch mit Anton Kimpfler, Schriftsteller, Freiburg i.B.

Dass junge Menschen, die noch wie Kinder sind, schon schlimme Verbrechen begehen, stellt Eltern und Erzieher vor enorme Herausforderungen. Mit großer Ehrlichkeit muss an viele Probleme der Gesellschaft insgesamt, der elektronischen Medien sowie individueller Vorbildlichkeit herangegangen werden, um da etwas zu ändern.

Haus der Begegnung, Grüner Hof 7, Ulm
Information: Forum 24 Ulm, Karl-Heinz Dewitz, Ludwigstraße 26, 89231 Neu-Ulm, Tel. 0731/72565604, www.forum24-ulm.de

Wochenend-Treffen zu sozialen Gegenwartsfragen

Wir planen für den 12. bis 14. November 2010 in Eisenach (Thüringen) und Rosa (bei Meiningen) ein öffentliches Treffen zu aktuellen sozialen Fragen. Nähere Auskunft darüber gibt gern Johannes Hanel, Eisenach (hanelq@gmail.com).

Ingo Mäder

Energie – klimafreundlich und in Bürgerhand!

Von der Bürgerinitiative zum erfolgreichen Bürgerunternehmen

Wolfram Nolte interviewt Bene Müller, Vorstand des Bürgerunternehmens solarcomplex am Bodensee

Energie wird knapp, teuer und zum Klimakiller. Aber es gibt Beispiele, dass das nicht so bleiben muss. In den letzten Jahren agierten Bürgerbewegungen mit zunehmendem Erfolg gegen „die Großen Vier“, gegen die Energiekonzerne ENBW, EON, REW, Vattenfall. Die Bürger wollen die lebensnotwendige Versorgung mit Energie ökologisch gestalten und wieder in die eigenen Hände bekommen: Energie als Gemeingut für alle! Die Bürgergesellschaft solarcomplex, hat sich das Ziel gesetzt, die Energieversorgung am Bodensee mit breiter Bürgerbeteiligung bis zum Jahr 2030 weitgehend auf erneuerbare Energien umzustellen. Die bisherige Bilanz ist beeindruckend, ebenso die realistischen Visionen von Bene Müller.

Herr Müller, Sie haben solarcomplex vor 9 Jahren mitbegründet. Was motivierte Sie zu einem Unternehmen mit so hoch gesteckten Zielen?

Es begann eigentlich mit den „Singener Werkstätten“. Hier traf sich ab 1997 einmal in der Woche eine bunte Gruppe von philosophisch, politisch und künstlerisch Interessierten, um sich mit den Fragen der Zeit auseinander zu setzen. Ich selbst war zu jener Zeit auch als Kunstschaffender tätig. Es entstand so etwas wie eine Bauhaus-Atmosphäre, es war wie bei einer Volksuniversität.

Im Juni 2000 machten wir in einem Zirkuszelt eine größere Veranstaltung mit dem Anspruch auf Konkretisierung unserer Utopien. Bekannte Wissenschaftler waren dabei, wie die Professoren Graßl, Hennicke und Kreibich, die heute noch als wissenschaftliche Beiräte solarcomplex unterstützen. Für die Vorträge gab es kein Honorar und jeder nahm an dem ganzen Prozess teil. Es entstand der Gedanke, nicht nur Missstände anzuprangern, sondern den Schritt von der Bürgerinitiative zum Bürgerunternehmen zu gehen: Mit „Solarcomplex“ nahm unsere Utopie von einer Energiewende konkrete Gestalt an. Siebzehn Bürger brachten 37.500 € auf, um eine GmbH zu gründen. Zu mehreren arbeiteten wir ein Jahr ohne Honorar, um den Start zu ermöglichen.

Jetzt hat sich solarcomplex zu einer AG mit 600 Aktionären und einem Grundkapital von 3 Millionen € entwickelt, demnächst 5 Millionen. Solarcomplex hat bisher 58 Millionen € in Solardächer, Solarparks und Bioenergie-Dörfer in der Bodenseeregion investiert und 2009 rund 20 Millionen kWh an Strom und rund eben so viele kWh an Wärme regenerativ in der Region produziert. Eine Erfolgsgeschichte, die sich sehen lassen kann. Was

ist Ihr Erfolgskonzept?

Wir investieren laufend in Solarparks und Solardächer, betreiben auch ein Wasserkraftwerk auf der Musikinsel Singen. Aber das Besondere unseres Konzeptes ist die Umwandlung von Dörfern in Bioenergie-dörfer. Auf dem Land, wo Biomasse anfällt, ist es sinnvoll, Biogasanlagen zur Stromproduktion zu bauen und in einer Heizzentrale durch Kraft-Wärme-Kopplung die anfallende Abwärme zu nutzen. Wenn nötig, liefert ein Hackschnitzel-Kessel zusätzliche Wärme. Durch Nahwärmenetze bringen wir die Wärme in die Haushalte. Mit dem Bioenergieort Mauenheim – dem ersten seiner Art in Baden-Württemberg – wurde der Nachweis erbracht, dass eine Vollversorgung aus heimischen erneuerbaren Energien sowohl strom- wie wärmeseitig möglich ist. Darüber hinaus wird i.d.R. ein Überschuss an Strom produziert, in Mauenheim z.B. das 9-fache des Eigenverbrauchs. In Lippertsreute wurde das zweite baden-württembergische Bioenergieort Wirklichkeit. Es werden 60 kommunale, kirchliche und private Gebäude über ein 4 km langes Nahwärmenetz mit Abwärme aus einer Biogasanlage versorgt.

Zwei weitere Dörfer, Schlatt und Randegg, stellten dieses Jahr auf Bioenergie um. Ab 2010 sollen jedes Jahr zwei weitere dazu kommen.

Was ist mit der Energie-Versorgung in den Städten? Hat Ihr Konzept nur für den ländlichen Raum Bedeutung?

In den Städten kann man sehr viel mehr in Photovoltaik und Solarthermik investieren. Man kann Fassaden damit ausstatten oder bei nicht so geeigneten Dächern nachführende Photovoltaik installieren. Man kann Zweckbauten damit ausstatten, wie z.B. in Engen, wo eine 100 m lange Bushaltestelle für Schüler gebaut und mit Photovoltaik bestückt wurde.

Es ist auch möglich, in geeigneten Stadtteilen eine Biogasanlage zu errichten, wenn sie mit regionaler Biomasse versorgt werden kann, wie z.B. in Meßkirch. Aber Städte werden sich nie mit eigenen regenerativen Energien vollständig versorgen können. Die regenerative Energiezukunft sieht so aus: Das Land produziert Überschüsse für die Städte. Deswegen brauchen wir solche Bioenergieort wie Mauenheim, das 9 mal so viel Strom produziert wie es verbraucht. Schafft ein, zwei, viele Mauenheims!

Ist es einfach, die Mehrheit der Bürger eines Ortes von der Zukunftsfähigkeit einer solchen Umstellung zu überzeugen?

Ich habe feststellen müssen: Eigennutz ist das stärkste Motiv. Wir können das nutzen. Denn die Rahmenbedingungen haben sich geändert. Wir haben eine neue Situation: das umweltpolitisch Bessere ist auch das ökonomisch Günstigere. Wir argumentieren gar nicht

mehr ökologisch sondern ökonomisch. Zugespißt: Ökologie ist das Abfallprodukt.

Ich musste mein Menschenbild in den letzten 20 Jahren revidieren. Die meisten Menschen sind offenbar nur über ihren Eigennutz ansprechbar, nur 5-10% sind als Idealisten ansprechbar. Die meisten denken nur an sich und kurzfristig. Wer denkt schon 20, 30 Jahre weiter und an andere oder gar an die ganze Menschheit? Meine Devise ist: Pragmatisch ansetzen, kein Lagerdenken mehr.

Wenn sich ein Dorf für die Umstellung auf ein Bioenergiedorf eignet, sprechen wir die Menschen dort sehr aktiv an. Es gibt dort 4-5 Abendveranstaltungen, die sehr intensiv beworben werden. Hier machen wir den Bürgern die Vorteile und den persönlichen Nutzen klar, den sie von der Umstellung haben. Sie haben kaum Investitionskosten, keine Wartungs- oder Reparaturkosten und einen Energie-Preis, der garantiert unter dem Ölpreis liegt. Den Land- und Forstwirten wie den Handwerkern wird ihr ökonomischer Nutzen schnell einsichtig. Die Bürgermeister und Händler wissen die regionale Wertschöpfung zu schätzen. Bis 2009 konnten so schon 9 Millionen € in der Region gehalten und zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Bei allem Eigennutz gibt es auch so etwas wie einen sozialen Mehrwert. Die Menschen kommen zusammen und entwickeln gemeinsam dieses Projekt. Sie müssen gemeinsam die aufgerissenen Straßen ertragen und sind hinterher stolz auf das gemeinsam Erreichte. Das Zusammengehörigkeitsgefühl ist stärker geworden und gerne verweist man jetzt auch auf die ökologischen Vorteile.

Solarcomplex ist eine Aktiengesellschaft. Kann jeder Bürger Aktionär werden und so an dem Energie-Gewinn teilhaben und mitbestimmen?

Ja, wir sind eine nicht-börsennotierte Aktiengesellschaft, um vielen Bürgern die Teilhabe auf eine einfache Weise zu ermöglichen und dennoch Börsenspekulationen auszuschließen. Die GmbH wurde noch mit einer gewissen Naivität gegründet, erwies sich aber als ungeeignet für eine Bürgergesellschaft, in die man leicht ein- und austreten kann. Jeder kann bei uns Aktionär werden, der Mindesteinsatz beträgt 2.000 €, es gibt auch ein Stadtwerk, das mit 500.000 € beteiligt ist. Anfangs hatten wir die Regelung, dass jeder Aktionär nur 1 Stimme hat. Jetzt hat jede Aktie eine Stimme, weil wir auch größere Einlagen wollen. Es gibt aber eine Deckelung bei 5% der Gesamtstimmen für jeden Aktionär. Das mindert die Gefahr einer Majorisierung durch Großaktionäre oder gar einer feindlichen Übernahme. Die Gefahr besteht natürlich. Eine Genossenschaft bietet einen gewissen Schutz, aber letztendlich kann die Gefahr des Aufkaufens auch hier nicht ausgeschlossen werden. Die Genossenschaft hat ein „zu

linkes“ Image, mit ihr ist es schwerer, in die bürgerliche Mitte zu kommen. Wir wollen und brauchen auch größere Beträge. Sollen die großen Einlagen doch erst einmal kommen, dann sehen wir weiter.

Aber es stimmt schon, es ist eine Gratwanderung. Wie nehme ich das Geld, das ich brauche und verhindere dennoch, dass das Geld einen dominanten Einfluss bekommt? Auch damit müssen wir lernen umzugehen. Bis jetzt ist es gut gegangen. Die Hauptversammlungen waren bisher harmonisch, obwohl ganz unterschiedliche Menschen dabei sind, was die Weltanschauung, die Parteizugehörigkeit oder das Einkommen betrifft. Die gemeinsame Überzeugung ist: wir brauchen dringend erneuerbare Energien.

Die „Projektgruppe Bioenergiedörfer“ an der Universität Göttingen hat das erste Bioenergiedorf in Deutschland, Jühnde bei Göttingen, konzipiert und umgesetzt. Sie hält es für wichtig, dass sich die Bioenergieanlagen zu mehr als 50% im Eigentum der Wärmekunden und der Biomasse-Lieferanten befinden sollen. Möglichst alle Beteiligten sollen Anteile besitzen. Wie ist das bei den von solarcomplex betreuten Bioenergiedörfern?

Was die Bürgerbeteiligung angeht, vertreten wir nicht die reine Lehre. Wir vertreten kein lokales Konzept der Bürgerbeteiligung wie die „Projektgruppe Bioenergiedörfer“. Wir haben uns für ein regionales Konzept entschieden und ganz pragmatisch verlangen wir auch nicht, dass jeder Nutzer sich an der Bürgergesellschaft beteiligen muss. Ich hoffe auf mehr Bürgerbeteiligung, nicht ausschließlich als Nutzer des Netzes sondern auch als Teilnehmer am wirtschaftlichen Organismus – aber wir können die Menschen nicht zwingen.

Mit diesem pragmatischen Ansatz ist der Bodensee zur führenden Region für Bioenergiedörfer in Deutschland geworden. Vier gibt es schon, vier weitere sind in Planung, in wenigen Jahren werden es ein Dutzend sein. In Deutschland gibt es zur Zeit – je nach Definition – 10 bis 20 Bioenergiedörfer.

Kontinuität vorausgesetzt, wann wird sich Deutschland weitgehend mit regenerativen Energien versorgen können?

Wenn weitgehend heißt: zu mehr als 50%, dann kann das bis zum Jahr 2030 der Fall sein – wenn der politische und kollektive Wille stark genug ist. Außer der Biomasse müssten die Solarthermie, die bisher sträflich unterschätzt wird, die Geothermie und alle Arten von Abwärme, seien sie landwirtschaftlicher oder industrieller Herkunft, stärker genutzt werden. Die entscheidenden Hürden sind in unseren Köpfen.

Bene Müller, 43, Vorstandsvorsitzender der Solarcomplex AG in Singen, steckt voller regenerativer Ideen und will noch möglichst viele Menschen bioenergetisieren. Infos: www.solarcomplex.de

Bodensee-S-Bahn

Wer ist und was will die Initiative Bodensee-S-Bahn?

Die Interessengemeinschaft aus vier Ländern im Grossraum Bodensee-Alpenrheintal will die grenzüberschreitende Verkehrsplanung fördern und macht Vorschläge für einen internationalen Verkehrsverbund in der Euregio Bodensee.

Am 11. Dezember 2004 gründeten in Lindau am Bodensee verschiedene Regionalverbände von Pro Bahn, VCS und VCD aus den Bodensee-Ländern Deutschland, Österreich und der Schweiz die Plattform Zu(g)kunft Euregio Bodensee, deren Anliegen die Verlagerung von Strassenverkehr in der Euregio Boden-

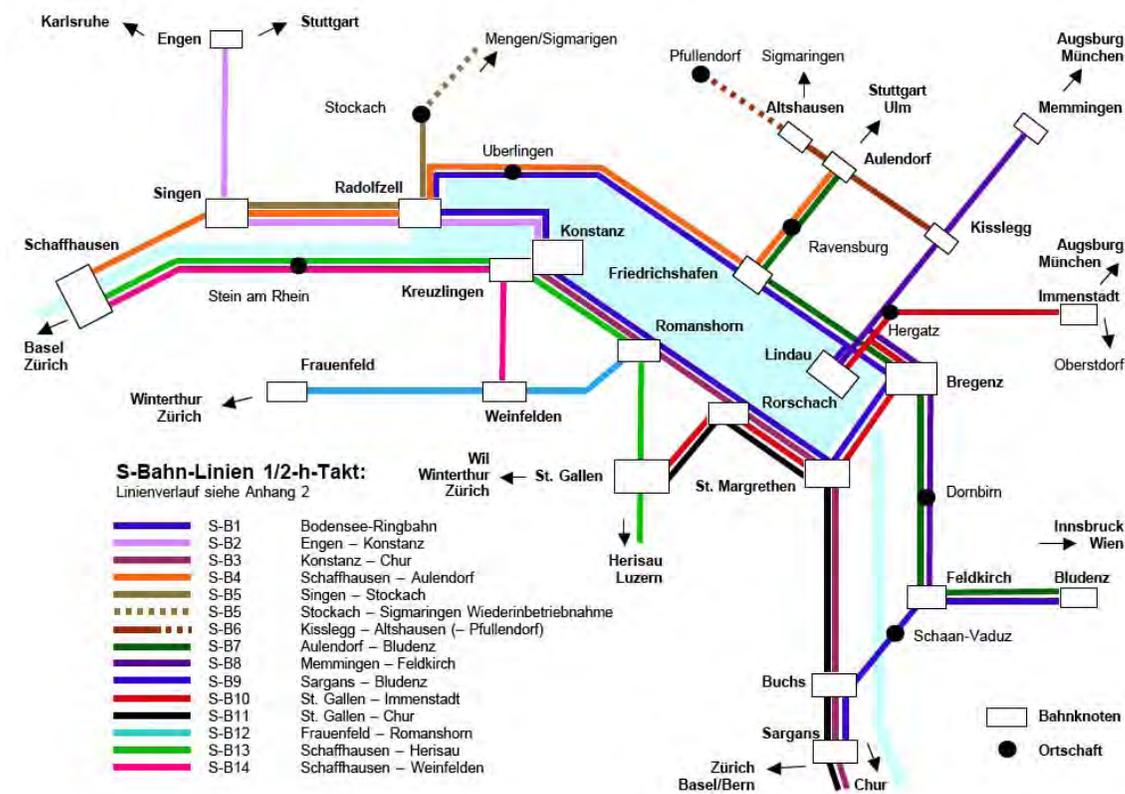
Träger. Dieser Verkehrsverbund muss mit den nötigen Kompetenzen ausgestattet sein, um die Ziele erreichen zu können.

Dieser Verkehrsverbund soll im Bodenseeraum und im Alpenrheintal für ein Angebot mit ganztägigem und getaktetem Fahrplan sorgen. Für die Finanzierung und den Ausbau der Infrastruktur wird ein Fonds vorgeschlagen, an den die betroffenen Länder und Kantone, Städte und Gemeinden Beiträge leisten. Dieser ist ebenfalls durch Umweltafgaben und andere Fördermittel aus der EU, Deutschland, Liechtenstein, Österreich und der Schweiz zu speisen. Die Angebote und

Infrastrukturmassnahmen wurden schon in den Konzepten «BODANRAIL 2020» und «Alpenrhein-Bahn» aufgezeigt.

Die Initiative will sich in der Öffentlichkeit, besonders bei den politisch verantwortlichen Repräsentanten, für die Unterstützung und schrittweise Realisierung dieses Verkehrsverbundes einsetzen. Dazu fördern die Vertreter aus den vier Ländern den Informationsaustausch, Koordinationsaufgaben und die Moderation mit den interessierten

öffentlichen und privaten Institutionen. Durch Öffentlichkeitsarbeit in der Euregio Bodensee und mit der eigenen Website www.bodensee-s-bahn.org werden diese Anliegen bekannt gemacht.



see auf die umweltschonende Eisenbahn ist. Ausgangspunkt war die in der Studie «Alpenrhein-Bahn» empfohlene Initiative für einen internationalen Verkehrsverbund für den Raum Bodensee und Alpenrheintal. Als internationales Bahnkonzept soll sich dieser Verkehrsverbund über Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, Lichtenstein und die Schweizer Kantone St. Gallen, Zürich, Schaffhausen, Thurgau, Appenzell und Graubünden erstrecken.

Die „Initiative Bodensee-S-Bahn“ will einen attraktiven Öffentlichen Personen-Nahverkehr fördern. Die Bodensee-S-Bahn mit einem grenzüberschreitenden Linien- und Angebotskonzept ist die richtige Antwort auf die Umweltbelastungen und die Folgeschäden durch den motorisierten Strassenverkehr. Für die Planung und Finanzierung der Angebote und der Infrastruktur ist ein Verkehrsverbund Euregio Bodensee zu schaffen mit der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK) als

Geschäftsstelle: [info\(at\)bodensee-s-bahn.org](mailto:info(at)bodensee-s-bahn.org)

Telefon und Fax: 0041 71 642 1991

Ihre Anfragen werden an die zuständigen Personen weitergeleitet.

Aktive Organisationen:

Pro Bahn Österreich, Land Vorarlberg

Pro Bahn Regionalverband Schwaben (Pro Bahn LV Bayern)

Pro Bahn Schweiz Sektion Ostschweiz

VCD Kreisverband Ravensburg (VCD LV Baden-Württemberg)

VCS Sektion Thurgau (Verkehrs-Club der Schweiz)

Rückkehr der Straßenbahnen

Vorbei die Zeiten, in denen Bürgermeister und Stadträte die einst rumpelnden Ungetüme von den Straßen verbannten, die Verkehrsplanung ganz aufs Auto konzentrierten - und nebenbei die Innenstädte veröden ließen. Steigende Spritpreise und Parkgebühren haben das Umdenken beschleunigt. Mit der Rückbesinnung auf die Werte urbaner Zentren und dem Ende von Stadtfucht und Zersiedelung kehren nun auch die Straßenbahnen als schnelle, komfortable und hocheffiziente Massenverkehrsmittel zurück.

Sogar in den sonst so auf das Auto fixierten USA und in Kanada bauen viele Städte - von Denver bis Seattle, von Calgary bis zur Olympia-Stadt von 2010, Vancouver - neue Straßen- und Stadtbahnssysteme.

Kein Wunder, liegt doch der Platzbedarf moderner Bahnen pro Fahrgast nur bei einem Viertel eines Pkws. Die neuen Öko-Initiativen von US-Präsident Barack Obama werden diesen Trend in den Vereinigten Staaten sicher noch verstärken.

Und selbst Scheich Khalifa bin Zayed Al Nahyan von Abu Dhabi hat trotz der Wirtschaftskrise einen Masterplan erarbeiten lassen, der die Wüstenmetropole Abu Dhabi und die neue Großstadt Masdar City mit einem Netz aus Straßen- und Schnellbahnen überziehen will. Mit klimatisierten Haltestellen, individuellerem Service und perfekt organisierten Umsteigepunkten will der Scheich die besten europäischen Nahverkehrsnetze weit übertreffen - und seine Retortenstadt damit zum gleichermaßen futuristischen wie klimafreundlichen Vorbild für die Städte der Zukunft machen (WirtschaftsWoche 49/2008)...

Oberste Priorität bei der Entwicklung der neuen Trams haben deshalb energiesparende Antriebskonzepte. Gerade hier können die Bahnunternehmen während der drei- bis vierjahrzehntelangen Laufzeiten der Bahnen Betriebskosten in Millionenhöhe einsparen. Gefragt sind daher innovative Techniken beim Energiemanagement, welche die neuen Bahnen wesentlich wirtschaftlicher machen.

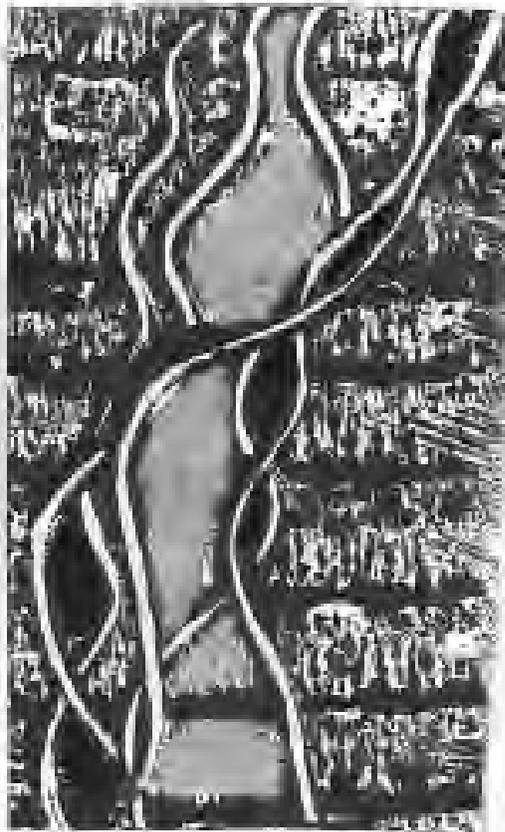
Neben energieeffizienteren und besonders leise arbeitenden Elektromotoren sind es insbesondere neuartige Stromspeicher, die - wie etwa in Almada - sogar das Fahren ohne Oberleitung erlauben. So hat etwa die spanische CAF einen Energiepuffer entwickelt, dessen Kondensatoren beim Stopp an Haltestellen binnen 20 Sekunden wieder aufgeladen sind und dann eine Fahrt von bis zu 1200 Metern ohne Oberleitung erlauben. Siemens kombiniert in Portugal die Schnelligkeit der Kondensatoren mit der Leistungsfähigkeit von Nickel-Metallhybrid-Akkus und überbrückt damit sogar eine mehr als doppelt so lange Strecke ohne Oberleitung. Beide Verfahren machen es zudem überflüssig, den Strom über eine aufwendige Elektronik in die Oberleitung zurückzuspeisen, wenn die Bahn abbremst. Immer dann nämlich arbeiten die Elektromotoren als Generatoren, um die Bewegungsenergie in Elektrizität umzuwandeln. Die neuartige Pufferung erspart nicht

nur die teure Transformatortechnik. Zugleich ermöglichte sie es, den Stromverbrauch im Fahrbetrieb je nach Streckenführung, um bis zu 30 Prozent zu senken, rechnen die Hersteller vor.

Dabei senken die neuen, ausgeklügelten Strompuffer an Bord der Bahnen nicht nur den Stromverbrauch oder schonen die Umwelt. Sie ermöglichen obendrein erhebliche Einsparungen beim Bau und beim Betrieb der Infrastruktur. Denn der gepufferte Strom aus den Kondensatoren senkt auch die Spannungsspitzen beim Anfahren der Bahn und entlastet so die Oberleitungsnetze.

Das rechnet sich für die Verkehrsbetriebe gleich doppelt. Zum einen weil der Wegfall der Lastspitzen „den Stromeinkauf um bis zur Hälfte verbilligt“, wie Bombardier-Experte Erfurt vorrechnet. Zum anderen werde ein Teil der rund 600 000 Euro teuren Trafostationen überflüssig...

Friedrich Weidelich (Wirtschaftswoche 32/2009)



All die stolzen Apparate, die der Mensch erfunden hat, sie setzen eine Existenz voraus, die wir nicht erfunden haben: das Urwunder unseres Seins, das Leben selbst und alles Lebendige, also auch die Liebe, weist uns auf ein metaphysisches Geheimnis, strömt aus dem Unsichtbaren.

Gertrud von le Fort

Es geht vor allem um die Bahn

In der Verkehrspolitik ist es leider oft noch so, dass dasjenige mehr Förderung durch öffentliche Gelder erfährt, was größere Gesamtbelastungen bringt, nämlich der Straßenbau. Die Bahn hingegen wird meist geringer unterstützt, obwohl sie weit günstiger wäre und vor allem auch geringere Schädigungen für Naturzusammenhänge mit sich bringt.

Noch ist es leider so, dass jeder Deutsche durchschnittlich sieben Autos in seinem Leben „verbraucht“. Dafür wird eine Summe von über 250 000 Euro insgesamt bezahlt. Für Bahnreisen könnte das überhaupt nicht aufgebraucht werden, auch wenn jemand fast ständig unterwegs wäre. Durch Dauerkarten käme dies im Gegenteil weit günstiger.

Zu dem ergibt sich ein Zeitgewinn, weil unterwegs gelesen, gearbeitet oder auch mal gedöst werden kann. Beim Autofahren hat die Unaufmerksamkeit von wenigen Sekunden schon häufig das Leben nicht nur eines Kraftfahrzeuglenkers gekostet, sondern auch weiterer Verkehrsteilnehmer.

Wenn die Zahl der Automobile eingeschränkt wird, kann auch das Radfahren wieder attraktiver sein. Da erwies sich ein Politiker von der Partei der Grünen in Baden-Württemberg als

besonders vorbildlich. Um an einer verkehrspolitischen Veranstaltung in Emmendingen mitzuwirken, legte er 100 Kilometer auf dem Fahrrad zurück.

Immerhin leisten mitunter die Preiserhöhungen fürs Benzin das ihre und lassen über den Umstieg auf den Nahverkehr nachdenken. Einzelne Pendler sparen inzwischen über 1000 Euro im Jahr, indem sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit fahren.

Leider wurde manche Unterstützung von Regierungsseite zu abrupt zurückgefahren, was gerade in Baden-Württemberg zur Streichung wichtiger Pendlerzüge führte - obwohl diese oft recht gut besetzt waren. Da kehrten dann doch einzelne enttäuschte Nutzer wieder zum Autofahren zurück.

Sicher ist nicht passend, wenn Verkehrseinrichtungen wie die Eisenbahn allzu sehr am Staatssäckel hängen. Doch falls stattdessen eine heftige Privatisierungswillkür sich austobt, kann dies zu erheblichen Verschlechterungen in dünner besiedelten Gegenden führen, auch zur Stilllegung von dortigen Bahnstrecken.

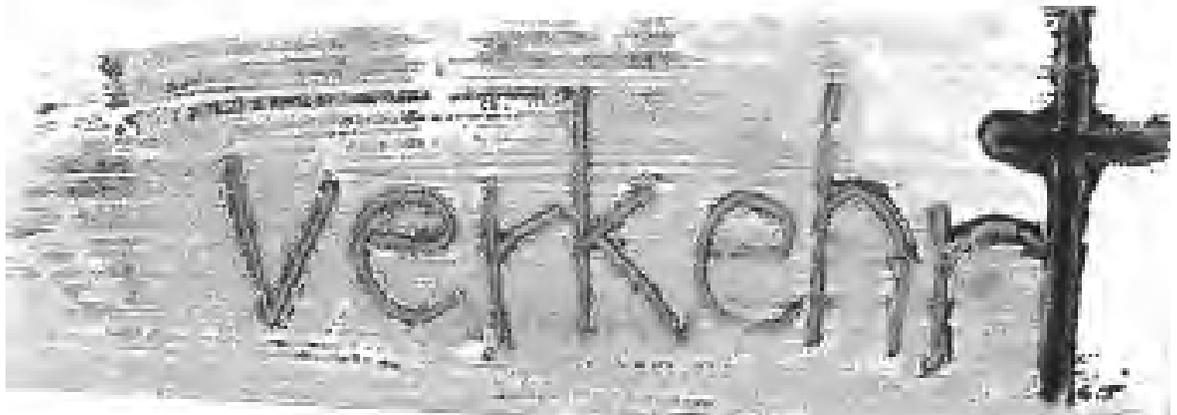
Deshalb braucht es neue Modelle, in denen die Verantwortung für Einrichtungen des öffentlichen Verkehrs so mitgetragen wird, dass Gesamtinteressen der Ge-

sellschaft berücksichtigt bleiben, wie auch ökologische Gesichtspunkte.

Wenn letztere stärker ins Gewicht fallen, würde der Luftverkehr die größten Aufschläge bekommen und nicht ganz besondere Vergünstigungen, etwa dem Steuernachlass für Treibstoffe (Kerosin). Auch werden Flughäfen oft zusätzlich gefördert, so zum Beispiel in Dortmund, da ansonsten dort der Landeplatz wegen laufender Verluste schließen müsste.

Europa leidet unter einem Ausmaß von 40 Prozent des globalen Flugverkehrs. Bei einer solideren Preispolitik und daneben einem weiteren Ausbau der Eisenbahn ließe sich das drastisch reduzieren.

Und wenn auch die Flugpreise in andere Kontinente wegen einer aufrichtigeren Kostengestaltung ansteigen, würden doch nicht wenige Menschen überlegen, mehr „grüne Ferien“ im eigenen Lande zu verbringen oder in Nachbarländern, wo alles mit der Bahn gut erreichbar ist.



Genauso könnte sich bei dem teilweise noch rasanter angestiegenen Warentransport infolge gerechterer Preise wieder einiges mäßigen. Insgesamt werden die Güter inzwischen doppelt so weit transportiert, als dies früher üblich war.

Die oft deutlich geringeren Produktionskosten anderswo verführen dazu. Wenn der Transport mehr ins Geld schlagen würde, könnte sich ebenfalls wieder manches ändern.

Außerdem sollte die Güterverschickung erst recht auf die Bahnstrecken verlagert sein. Zuviel Lastwagen tragen sonst zu sehr gefährlichen Verkehrssituationen und auch einen großen Energieaufwand bei.

Richtig tragisch bei der Eisenbahn ist, was leider nicht ganz so selten vorkommt: dass Menschen sich vor einen Zug werfen. Der Lockführer ist dann gewissermaßen gezwungen, jemanden zu überfahren, weil kein Ausweichen und keine rechtzeitige Abbremsung mehr geschehen kann. Trotz allem Mitgefühl in Bezug auf ein Verzweifeltsein: Hier noch jemand anderen so problematisch einzubeziehen, sollte als ganz unmöglich gelten.

A.K.

Stuttgart 21

Es ist eines der teuersten Bahnprojekte aller Zeiten in Deutschland: In Stuttgart soll der derzeitige Bahnhof komplett unter die Erde verlegt und um 90 Grad gedreht werden. Aus dem Kopfbahnhof soll ein Durchgangsbahnhof werden, aus 17 Gleisen acht. Wo jetzt noch Schienen liegen, sollen künftig Wohn- und Gewerbebauten entstehen. Kostenpunkt: 4,1 Milliarden Euro - sagen die Bauherren. Zudem ist für weitere 2,9 Milliarden Euro eine ICE-Trasse nach Ulm geplant. Mit den Projekten will Stuttgart eine zentrale Position im europäischen Fernverkehrsnetz einnehmen.

Das Problem: Zahlreiche Studien attestieren massive Risiken. Der Bundesrechnungshof und unabhängige Experten gehen von deutlichen Mehrkosten aus. KritikerInnen befürchten, dass der Neubau wegen der Gleiskonzeption zu Problemen im Nahverkehr und in der Sicherheit führt. BahnhofsgegnerInnen befürchten außerdem die Belastung der Mineralwasservorkommen, bauliche Risiken und die Teilerstörung des alten Schlossparks.

Die Alternative: Der Gegenentwurf zu "Stuttgart 21" ist der "Kopfbahnhof 21", der von den UmbaugegnerInnen befürwortet wird. Diese sind auch für eine Modernisierung des Bahnhofes, wollen aber den Kopfbahnhof erhalten. Dies könnte rund 2,3 Milliarden Euro kosten. Sie protestieren gegen die Pläne, Teile des Kopfbahnhofs abzureißen.

www.kopfbahnhof-21.de, www.parkschuetzer.de

Offener Brief

an alle Befürworter und Gegner des Projekts „Stuttgart 21“ und die demokratischen Parteien in Baden-Württemberg

Der Streit um das Neubauprojekt „Stuttgart 21“ und die scheinbar unausweichlich eskalierende Konfrontation zwischen Gegnern und Befürwortern des Milliardenprojektes haben in jüngster Zeit bedenkliche Dimensionen angenommen. Der Konflikt tangiert die Stadt, die Region und das Land. Weit entfernt von jedem demokratischen Konsens besteht die große Gefahr, dass diese Konfrontation auf Jahrzehnte hinaus die traditionell von Gemeinschaftssinn geprägte politische Kultur der Stadt Stuttgart und des Landes Baden-Württemberg nachhaltig schädigt. Geht die Eskalation auf diese Weise weiter, wird es nur Verlierer geben.

Sicher bedeutet das Projekt „Stuttgart 21“ im Falle der Realisierung keineswegs den Untergang des Abendlands. Doch die politische Legitimierung des Projekts, die auf politischen Mehrheitsentscheidungen der Vergangenheit beruht, ist durch die zwischenzeitlich veränderten Begleitumstände mehr als fragwürdig geworden. Darauf zu beharren und schlicht eine Unumkehrbarkeit des Projekts aufgrund von Kosten zu proklamieren und unumkehrbare Fakten mit der Abrissbirne zu schaffen, zeugen in dieser Situation von wenig politischer Vernunft.

Es geht in dieser Konfrontation schon längst nicht mehr nur um das Für und Wider des Bahnhofprojekts. Es stehen demokratische Traditionen auf dem Spiel, der gegenseitige Respekt und das Vertrauen in ausschließlich dem Gemeinwohl verpflichtete demokratische Institutionen. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Stuttgar-

ter Appells fordern daher die demokratischen Parteien im Stuttgarter Gemeinderat und im Landtag von Baden-Württemberg auf, sich zu besinnen und alles zu unternehmen, um einen demokratischen Konsens in dieser Konfrontation zu finden.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Appells, darunter erklärte Befürworter und Gegner des Projekts „Stuttgart 21“, halten ein sofortiges Moratorium für alle Baumaßnahmen und einen unverzüglich vorzubereitenden und abzuhaltenden Volksentscheid für das einzige Mittel, die eskalierende Konfrontation zu beenden.

Sowohl Gegner wie Befürworter glauben die Mehrheit hinter sich. Nur ein Volksentscheid bringt die Wahrheit an den Tag, die jeder akzeptieren wird. In guter demokratischer Tradition.

Stuttgarter Appell

Wir appellieren an die Vernunft und das demokratische Verständnis aller Beteiligten! Wir fordern ein sofortiges Moratorium für alle Baumaßnahmen im Rahmen des Projekts „Stuttgart 21“ und einen Volksentscheid!

Mehr Informationen und die Möglichkeit des Unteschreibens gibt es bei:

Die AnStifter, InterCulturelle Initiativen e.V., Olgastraße 1A, 70182 Stuttgart, <http://stuttgarterappell.de>

Die Zugverspätung

Ein Mensch im Zug nach Frankfurt (Main) –
Um vierzehn-vier sollt er dort sein –
Wird schon in seinem Hoffen schwach:
Er ist noch nicht in Offenbach!
Verspätung – eine Viertelstunde!
Des Menschen Plan geht vor die Hunde!
Er kriegt den Anschluß nicht nach Wimpfen.
Gewaltig fängt er an zu schimpfen.
Ein anderer Mensch, zum Bahnhof laufend,
In Offenbach, zerschwitzt und schnaufend,
Verliert den letzten Hoffnungsschimmer:
Den Zug nach Frankfurt kriegt er nimmer!
Doch wie Musik tönt's an der Sperr':
"Heut ist's nicht eilig, lieber Herr!
Der Zug kommt heute später an!"
Der Mensch lobt laut die Eisenbahn.
"Des einen Eul'", gilt's wieder mal,
"Ist oft des andern Nachtigall!"

Eugen Roth

Fahrradrevolution in Paris

Ungewohnte Dinge ereignen sich seit einigen Monaten in Paris. Wo sich sonst nur genervte Autofahrer in Blechlawinen durch das Verkehrschaos der Innenstadt quälen, schlängeln sich nun täglich tausende Berufstätige und Touristen auf großen grauen Fahrrädern wendig an den sich langsam voranschiebenden Autos vorbei. Grund des veränderten Stadtbildes sind die Leihräder Velib, die seit Juli 2007 Teil des öffentlichen Dienstleistungsangebots sind. Finanziert wird das Velib durch eine Private-Public-Partnership: Die Werbe-firma JCDecaux installierte und betreibt das System, wofür sie die nächsten zehn Jahre exklusiv die Pariser Plakatwände bestücken darf. Zwar ist die französische Hauptstadt bei weitem nicht die erste oder einzige Stadt mit einem funktionierenden Leihfahrradsystem, allerdings ist sie Schauplatz eines besonders unerwarteten und erstaunlichen Erfolgs. Ausgerechnet in der Stadt, in der Fahrradfahrer sonst eher als lebensmüde belächelt wurden, löste die Einführung des Velib einen regelrechten Boom aus. Gleich in den ersten 24 Stunden wurden die Mieträder über 50 000mal entliehen, und knapp ein halbes Jahr später überschritt diese Zahl schon die vierte Million.

Mittlerweile gibt es in Paris über zwanzigtausend Leihräder an knapp 1500 Ausleihstationen. Damit ist Paris zur Welthauptstadt des Fahrradverleihs aufgestiegen. Die Mietfahrräder halfen mit, die Mobilitätsstruktur der Pariser grundlegend zu verändern. Doch weshalb trägt sich eine solche Fahrradrevolution ausgerechnet in Frankreich zu, das sonst, abgesehen vom Radsport, nicht gerade wegen seiner Liebe zum Fahrrad bekannt ist? Das Pariser Mietradsystem schließt die Lücke zwischen den Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs und dem Zielort. Das Erfolgsrezept hierfür sind flächendeckende Verfügbarkeit (man findet ungefähr alle 300 Meter eine Station), günstige Kurzzeit-Mietraten (die erste halbe Stunde ist umsonst, jede weitere halbe Stunde kostet einen Euro, zwei Euro und vier Euro) und ein einfacher und schneller Ausleihvorgang (mit einem Abonnement können die Räder in wenigen Sekunden mit Hilfe der persönlichen Karte an der Station entriegelt und an einer beliebigen Station zurückgestellt werden). Die Fahrräder ergänzen auf den Kurzstrecken den öffentlichen Nahverkehr, dessen Attraktivität durch die gewonnene Unabhängigkeit und Flexibilität noch gesteigert wird. Außerdem treffen die Mieträder den Nerv der Zeit: Sie sprechen genau die städtischen Individualisten an, die durch die Diskussion um die globale Erderwärmung ihr ökologisches Gewissen entdeckt haben. Die Fahrräder verkörpern so das neu aufkommende Lebensgefühl der modernen, kosten- und umweltbewussten Städter.

Dieser Erfolg motiviert zur Nachahmung: jetzt wollen nicht nur London, Dublin und Genf nachziehen, sondern auch Chicago und Sydney sind interessiert. Der Trend zum Mietfahrrad bedeutet für Mensch und Umwelt nicht nur weniger Staus, Lärm und Abgase, son-

dern birgt auch erhebliche CO₂-Einsparungspotenziale. Nach einer Schätzung der Stadtverwaltung von Lyon vermeidet jedes Leihfahrrad ungefähr 500 Kilogramm CO₂ im Jahr.

aus: Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, Eine Studie des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Dez. 2008



Klimafreundlicheres Fortbewegen mit Bus und Bahn

Im Vergleich zum Autofahren war die Bahn immer schon sicherer bei Wind und Wetter. Weniger bekannt ist jedoch noch, wie sehr auch das das Klima belastende Kohlendioxyd im Vergleich pro Person reduziert wird. Bei Fahrten in einer Großstadt von zehn Kilometern mit der Bahn werden gegenüber dem Auto 800 Tonnen Kohlendioxyd eingespart. Unglaublich positiv ist das. Solches zeigt auch der Kostenvergleich mit dem Benzin. Ein durchschnittlicher Kilometerpreis bei Nutzung von Dauerfahrerangeboten der Bahn in Höhe von 7 Cent für den Kunden (bezogen auf Diesel als Antriebstoff) steht dem Fahrtkostenpreis in Höhe von etwa 10 Cent pro Autokilometer gegenüber. Das sind immerhin 30 Prozent Ersparnis. Hinzu kommt die zu meist kürzere Fahrzeit per Bahn.

Auch das Fahren mit dem Bus im öffentlichen Nahverkehr ist umweltfreundlicher als die Autofahrt. Zum einen wird pro Person weniger Kohlendioxyd an die Luft abgegeben, was durch Benzin sparende, schonende Fahrweise noch verbessert werden kann (das Erlernen ist möglich). Dann ist auch hier der Preisvergleich, besonders für Dauergäste, wiederum eindeutig vorteilhafter für die Busbenutzung.

Um auch für angrenzende Städte die Verbindungen schneller und attraktiver zu machen, lässt die Österreichische Bundesbahn nun Tunnels durchschlagen z.B. zwischen Wien und Sankt Pölten, sowie auch zwischen Graz und Klagenfurt. Das kostet zwar etwa fünf Milliarden Euro, wird sich aber später bei entsprechender Wahrnehmung solcher Schnellzeitangebote lohnen. Auch die Vorstellung vom Warten im Stau im morgendlichen und abendlichen Berufsverkehr spricht für ein Bahnfahren.

Michael Hufschmidt

Fußverkehr fördern!

Bei den Verkehrsausgaben sparen - den Fußverkehr fördern!
FUSS e.V. bietet Bürgern und Kommunen Hilfe zur Selbsthilfe

Der Fachverband Fußverkehr Deutschland FUSS e.V. begrüßt die Überlegungen der Bundesregierung, aufgrund der Haushaltsmisere in den folgenden Jahren unter anderem auch die Verkehrsausgaben zu kürzen. Bundesgeschäftsführer Bernd Herzog-Schlagk weist darauf hin, dass dies "effektiv und zielführend allein durch die Förderung des Umweltverbundes - zu Fuß gehen, Rad fahren und Benutzen öffentlicher Verkehrsmittel - umsetzbar ist. Gleichzeitig muss die Bezuschussung der nicht nachhaltigen motorisierten Individual-Verkehrsmittel heruntergefahren werden." Für die notwendigen Umsetzungsschritte einer zeitgemäßen Verkehrs- und Strukturpolitik hat der 1985 gegründete Lobbyverband der Fußgänger ein umfangreiches Maßnahmen-Paket vorgelegt. Unter dem Motto: "25 Jahre in Bewegung - Für mehr Sicherheit, Gesundheit und Spaß am Gehen" wurde der Informationsservice für Bürger, Verwaltungen und Politiker hinsichtlich Planung und Recht aktualisiert und erweitert und steht Interessierten im Internet unter www.fuss-ev.de zur Verfügung.

Entgegen der landläufigen Meinung ist der Anteil des Fußverkehrs an allen Wegen in deutschen Städten immer noch sehr hoch und in der Regel deutlich höher als der des Rad- oder öffentlichen Verkehrs. In den meisten Städten liegt der Anteil der Wege des motorisierten Verkehrs unter 50 Prozent, in der Bundeshauptstadt sogar bei etwa einem Drittel. Dennoch werden die Fußgänger bei der Planung und Straßengestaltung häufig nicht ausreichend berücksichtigt. In der Folge stehen sie seit Jahrzehnten unverändert an der Spitze der Unfallstatistik. Der Anteil des Fußverkehrs in den Städten stagniert

jedoch oder nimmt aufgrund der Konflikte mit den anderen Verkehrsarten und der häufig unkomfortablen Gegebenheiten sogar ab. Dass dies nicht Ziel einer nachhaltigen Klima- und Umweltpolitik sein kann, hat sich zwar in Stadtverwaltungen und bei Politikern weitgehend als Erkenntnis durchgesetzt; wird aber dennoch bei verkehrspolitischen Entscheidungen und Infrastruktur-Maßnahmen zumeist vernachlässigt. Von einem "Gegensteuern" durch eine strategisch umgesetzte Förderung des Fußverkehrs kann nach Auffassung des FUSS e.V. in deutschen Kommunen derzeit noch nicht die Rede sein. Unbeachtet bleibt ebenfalls, dass sich in Zeiten leerer Kassen Maßnahmen zur Förderung des Fußverkehrs geradezu aufdrängen. Es gibt keine effektivere und kostengünstigere Fortbewegungsart für den Nahbereich in Kommunen. Der Fachverband hat bei Schwachstellen-Analysen von Fußverkehrsanlagen festgestellt, dass ein großer Teil der Barrieren für den Fußverkehr mit nur geringen Mitteln zu beseitigen wäre (vgl. www.fussverkehrs-audit.de). Deshalb schlägt er eine "grundsätzliche Kürzung und Umschichtung der Mittel für Verkehrsinfrastruktur-Maßnahmen auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene" vor. So fordert Herzog-Schlagk das Bundesverkehrsministerium auf, "die Hälfte des Bundesverkehrs-Haushaltes an die Kommunen weiterzuleiten mit der Bindung, damit ausschließlich Infrastrukturmaßnahmen zur Förderung des Umweltverbundes umzusetzen." Der Rest des Haushaltes sollte nach Auffassung des Verbandes eingespart werden, "da das Straßennetz in Deutschland als ausreichend dicht angesehen werden kann."

*FUSS e.V. - Fachverband Fußverkehr Deutschland,
Stefan Lieb, Exerzierstr. 20, D-13357 Berlin,
Tel 030/ 492 74 73, Fax 030/ 492 79 72,
info@fuss-ev.de, <http://www.fuss-ev.de>*

Unsere Gedanken haben keine Flügel mehr. Sie haben nur noch Räder.

Hanns Cibulka



Schluss jetzt mit Atomkraft

Zehn Jahre nach dem sogenannten „Atomkonsens“ sind noch immer 17 Reaktoren am Netz. Getarnt als sogenannte „Brückentechnologie“ wollen Atomkonzerne, CDU, CSU und FDP die gefährlichen Atomanlagen jetzt sogar noch länger laufen lassen. Wir sagen: Nicht mit uns!

Atomkraft schafft Probleme – von Anfang bis Ende Der **Uranabbau** vergiftet Boden, Wasser und Luft mit radioaktiven Stoffen.

Für die **Anreicherung des Urans** und die Herstellung der Brennelemente für AKWs werden hochgiftige, radioaktive und sogar waffenfähige Materialien quer durch Europa und über die ganze Weltkugel transportiert.

Atomkraftwerke und andere Atomanlagen geben schon im Normalbetrieb radioaktive Stoffe an die Umgebung ab. Die Krebsrate bei Kindern ist im Umkreis von Atomkraftwerken deutlich erhöht.

Der **Super-GAU** kann jeden Tag passieren. Er bedroht Leben und Gesundheit von Millionen von Menschen und würde riesige Gebiete auf Dauer unbewohnbar machen. Das Risiko eines schweren Unfalls nimmt mit steigendem Alter der Atomanlagen zu.

Die sichere **Endlagerung** des strahlenden Atommülls für Hunderttausende von Jahren ist weltweit völlig ungelöst. Niemand weiß, was mit diesen Hinterlassenschaften passieren soll. Die sogenannte „Wiederaufarbeitung“ abgebrannter Brennelemente vergrößert den strahlenden Müllberg noch.

Atomkraft ist keine Lösung – erst Recht nicht für das Klima

Atomstrom ist nicht CO₂-frei. Er verursacht im Gegenteil schon heute mehr Treibhausgas-Emissionen als Strom aus Windkraftanlagen und sogar mehr CO₂ als erdgasbetriebene Blockheizkraftwerke.

Atomkraft verträgt sich nicht mit Erneuerbaren Energien. Atomkraftwerke sind viel zu unflexibel, um das schwankende Energieangebot von Wind, Wasser und Sonne zu ergänzen. Schon heute müssen etwa Windkraftanlagen abgeschaltet werden, weil Atomstrom die Netze verstopft. Längere Laufzeiten von Atomkraftwerken blockieren den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Atomkraft deckt nur gut zwei Prozent des Weltenergiebedarfs, Tendenz weiter sinkend. Eine solche Nischentechnik kann weder die Energieprobleme der Erde lösen noch das Klima retten.

Die Uranvorräte sind begrenzt. Wollte man den Anteil der Atomkraft am Weltenergieverbrauch auch nur auf 10 Prozent steigern, müsste man 1.600 neue AKWs bauen. Die Uranvorräte wären dann in etwa zehn Jahren aufgebraucht.

Atomkraft zementiert die Macht der Stromkonzerne. Das sorgt für stetig steigende Strompreise und verhindert den dringend nötigen Umbau unserer Energieversorgung.

Atomkraft nützt nur wenigen, in erster Linie den Strom-

konzernen. Die Risiken und Folgen dieser Technik (Unfälle, radioaktive Emissionen, Atommüll, ...) tragen dagegen wir alle.

Zwei Drittel der Bevölkerung sind für den Ausstieg aus der Atomkraft, die Hälfte will ihn sogar schneller als von Rot-Grün im sogenannten „Atomkonsens“ mit den Stromkonzernen vereinbart. Selbst unter den WählerInnen von CDU, CSU und FDP sind die AtomkraftgegnerInnen in der Überzahl.

Parteien jedweder Couleur tun sich schwer, der Atomlobby Paroli zu bieten – vor allem, wenn sie an der Regierung sind. Ob rot, grün oder CDU-Umweltminister Röttgen: Alle reden sie vom „Atomausstieg“, tatsächlich meinen sie aber den jahre- oder jahrzehntelangen Weiterbetrieb der Atomanlagen. Diesen PR-Sprüchen gehen wir nicht auf den Leim. Atomausstieg bedeutet, Atomkraftwerke abzuschalten. Das ist ein klarer Maßstab, das alleine zählt. Die vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt: Nur politischer Druck kann einen solchen echten Atomausstieg herbeiführen.

Aufruf zur Demo

18.9. in Berlin: Schluss jetzt mit Atomkraft Großdemonstration mit Umzingelung des Regierungsviertels

Wenn Bundestag und Bundesregierung über ein sogenanntes „Energiekonzept“ diskutieren, haben auch wir ein Wörtchen mitzureden. Für Samstag, 18. September, organisieren .ausgestrahlt und andere Organisationen deswegen eine Großdemo gegen Atomkraft in Berlin. Unsere Nachricht: **Die Zukunft der Atomenergie heißt Abschalten.**

Gegen die Mehrheit der Bevölkerung hält die schwarzgelbe Bundesregierung an ihren Atomplänen fest. Sie will die Laufzeiten für Atomkraftwerke verlängern – und den Bundestag möglicherweise noch im September darüber entscheiden lassen.

Wir sagen: Schluss jetzt!

Wir widersetzen uns dieser unverantwortlichen Atompolitik! Wir dulden es nicht, weiter den Risiken von schweren Atomunfällen ausgesetzt zu sein, und die Atommüllberge weiter in die Höhe wachsen, für deren Lagerung es weltweit keine Lösung gibt. Ebensovienig, dass der Weiterbetrieb der Atomreaktoren den Weg in eine klimaverträgliche Zukunft mit Erneuerbaren Energien verbaut.

Wir haben es satt, mit dem Ausstieg auf den Sankt Nimmerleinstag vertröstet zu werden. Wir wollen die Atomkraftwerke abschalten – und zwar jetzt! Gorleben stoppen!

Wir widersetzen uns auch einer unverantwortlichen Entsorgungspolitik für den tödlichen Strahlenmüll. Gorleben wurde aus politischen Gründen und nicht auf Grund geologischer Eignung als Endlagerstandort gewählt. Das Vorbild für Gorleben – das absaufende und vom Einsturz bedrohte Atommülllager Asse II – zeigt, dass von den Sicherheitsbeteuerungen nichts zu halten ist. Gorleben kommt als Atommülllager nicht in Frage!

Leukämiegefahr durch Atomreaktoren bestätigt

Wir müssen jetzt dran bleiben!

Unser Widerstand zeigt Wirkung: Die Bundesregierung ist mit ihren Atomplänen in der Defensive und uneins. Sie spürt den Druck, der von einer neu erstarkten Anti-Atom-Bewegung ausgeht und von einer breiten Mehrheit in der Gesellschaft getragen wird. Jetzt kommt es auf unseren gemeinsamen Protest an!

Komm zur Großdemonstration! Werde aktiv!

Am 18. September wollen wir mit zehntausenden Menschen in Berlin auf die Straße gehen und das Regierungsviertel umzingeln! Damit läuten wir einen heißen Herbst ein, der im November in den vielfältigen Protesten gegen den Castor-Transport nach Gorleben gipfelt.

.ausgestrahlt e.V., Normannenweg 17-21, 20537 Hamburg, Email: [info\[at\]ausgestrahlt.de](mailto:info[at]ausgestrahlt.de), www.ausgestrahlt.de.



Bekehrter Befürworteter

Tschernobyl war sozusagen mein energetisches Damaskus. Vor allem bin ich damals über mich selbst erschrocken! Darüber, dass ich einfach blind den Fachleuten geglaubt habe, die erzählt haben: Da kann nie etwas passieren, höchstens alle 1000 Jahre mal.

Nach Tschernobyl habe ich dann einfach mal selber intensiver recherchiert und festgestellt, was da alles passiert war vorher schon, ohne dass ich mich als Journalist darüber aufgeregt hätte.

Da war Tscheljabinsk, in der Nähe des Ural, das war 1957 schon in der alten Sowjetunion. Das war völlig verschwiegen worden, dabei war der Unfall schlimmer als der in Tschernobyl. Nur: Der Wind ging damals nach Osten, deshalb wurde hier nichts gemessen.

Auch die englische Regierung hat einen großen Unfall verschwiegen, den von 1953 in Sellafield. Wir wissen heute, dass dort laut einer Studie, die im Auftrag der britischen Regierung entstand, die Zahl der krebserkrankten Kinder zehnmal höher ist als im Landesdurchschnitt.

Dann hatten wir Harrisburg in den USA, 1974, wo durch einen Riesenzufall der GAU gerade noch verhindert wurde, da waren schon zwei Millionen Menschen evakuiert...

Franz Alt über den „größten anzunehmenden Unfall“ (GAU)

Den Verdacht gibt es seit Jahren: Wohnen in der Nähe eines Atomkraftwerks kann besonders für Kinder gesundheitsschädlich sein. Ihr erhöhtes Risiko, an Leukämie zu erkranken, bestätigt nun eine von den Grünen in Auftrag gegebene Studie des Epidemiologen Eberhard Greiser.

Die Gefahren betreffen nicht nur Säuglinge und Kleinkinder, sondern auch Jugendliche vor allem bis 14 Jahre. Im Umkreis von 20 bis 50 Kilometern um Atommeiler sei das Risiko bei Kindern unter fünf Jahren um 19 Prozent erhöht und unter 15 Jahren um 13 Prozent. Grüne und atomkritische Ärzte forderten, endlich den Strahlenschutz für Bürger zu verbessern.

Dies war bisher immer abgelehnt worden, obwohl schon Ende 2007 eine aufsehenerregende Studie des Kinderkrebsregisters in Mainz für Kinder unter fünf Jahren veröffentlicht worden war. „Die Studie stellt den entscheidenden Fortschritt bei der Beantwortung der seit etwa 30 Jahren diskutierten Frage nach gesundheitlichen Effekten in der Umgebung von Reaktoren dar.“, erklärte das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) Ende 2007. Dennoch gingen die Ergebnisse im Streit der Fachleute zunächst unter.

Renate Künast (Grüne) nannte die neue Untersuchung eine „Mega“-Studie, weil sie auf vielfältigen Expertisen und Gutachten basiert und so die Trefferquote erhöht.

Landeszeitung für die Lüneburger Heide, 5.9.2009

Riesige Belastung

Atomkraftwerke als umweltschonende Energietechnik darzustellen kann nur, wer die Betrachtung der Risiken und Umweltbelastungen am Kraftwerkszaun enden lässt. Die „schonenden“ Fakten sind: Uranerz hat einen sehr geringen Urananteil. Um den Uran-Jahresbedarf eines AKW zu gewinnen, müssen in der Lagerstätte bis zu zwei Millionen Tonnen Uranerz gefördert werden. Die immer noch radioaktiven Erzreste und der noch um ein Vielfaches größere gering uranhaltige Abraum bleiben als radioaktiver Abfall zurück und müssen für Tausende von Jahren sicher verwahrt werden. Folgeprodukte des Urans gelangen sonst in die Umwelt und belasten für sehr lange Zeiträume Atemluft und Nahrungsmittel von Menschen. Im Betrieb „schont“ die Abgabe von rund 2000 MWh ungenutzter Abwärme jährlich das umliegende Klima. Da jeder Brennstab einmal verbraucht ist, „schont“ die Zwischenlagerung (ein vermeintlich sicheres Endlager gibt es ja nicht) den Generationenvertrag, da unsere Kinder und Kindeskinde sich noch lange mit unserem Atommüll herumschlagen dürfen. Von sämtlichen weiteren „Schonungen“ dieser Technik (Energieeffizienz, Risiken etc.) soll hier ausnahmsweise keine Rede sein. Bitte: verschont uns mit dieser Technik!

Julian Affelt in einem Leserbrief in „Die Welt“

Auf dem Weg zu einer »100 Prozent-Erneuerbare- Energien-Gemeinde«

Beispiele für solche Gemeinden sind die bereits bestehenden Bioenergiedörfer. Sie realisieren das Konzept zur Nutzung regenerativer Energiequellen im ländlichen Raum mit dem Ziel, die (Rest-)Biomasse, die in ihren land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen anfällt, zur Energiegewinnung zu nutzen, um den Wärme- und Strombedarf des ganzen Dorfes möglichst vollständig zu decken. Ein Beispiel dafür ist das Dorf Jühnde bei Göttingen. Es deckt seinen Energiebedarf seit 2005 nahezu ausschließlich aus nachwachsenden Rohstoffen. Auf den umliegenden Äckern werden Energiepflanzen angebaut, die zusammen mit anfallender Gülle in einer Biogasanlage als Methangas nutzbar gemacht werden. Daraus wird in einem Biogas-Blockheizkraftwerk (BHKW) Strom und Wärme erzeugt. Das Kraftwerk liefert fast das Doppelte des Strombedarfs des Dorfes, der Überschuss wird zu 17 Cent pro Kilowattstunde verkauft und ins Netz eingespeist. Der Wärmebedarf wird zu etwa 60 Prozent durch das BHKW gedeckt, zusätzlich werden ein Holzhackschnitzelheizwerk und für den Spitzenbedarf ein Heizkessel eingesetzt. Etwa 70 Prozent der Haushalte sind an das Nahwärmenetz angeschlossen. Das Besondere an diesem Vorgang ist, dass das ganze Dorf mitmacht. Landwirte, Gemeinde und Verbraucher haben sich in einer Genossenschaft organisiert und ihre Energieversorgung selbst in die Hand genommen. Das Projekt Jühnde steht damit für eine vollständige Abkehr von fossilen und nuklearen Energien und für die Vision einer Vollversorgung aus erneuerbarer Energie. Jühnde ist für seine Vorreiterrolle mit dem Europäischen Solarpreis der Organisation Eurosolar ausgezeichnet worden. Das »Bioenergiedorf« ist ein Projekt des interdisziplinären Zentrums für Nachhaltige Entwicklung (IZNE), der Universität Göttingen unter Mitarbeit der Universität Kassel, und wird durch die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V. (FNR) gefördert.

aus: Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, Eine Studie des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Dez. 2008



Die Wälder schonen

Vor 40 Jahren war Uganda noch zu einem Fünftel bewaldet. Heute sind nur noch 7% an Waldflächen übrig. Eine nachhaltige Nutzung der bestehenden Wälder und die artenreiche Wiederaufforstung sind deshalb für Uganda wichtig. Unser Projektpartner, die Assoziation für landesweite Wiederaufforstung, ACA, arbeitet mit Kleinbäuerinnengruppen an der Wiederaufforstung und der Verbreitung von Feuerholz sparender Herde. Die Seeta-Kleinbäuerinnen-Gruppe ist eine der Gruppen, die eine Baumschule betreiben und ihre eigenen Häuser mit Feuerholz sparenden Herden ausgestattet haben. Diese Herde sparen bis zu 70 % des Brennholzes ein. Die Gruppe hat 18 Mitglieder, darunter einen Mann.

In Uganda sind es die Frauen, denen sämtliche harte Arbeiten zufallen: Wasser - oft über weite Strecken - besorgen und Feuerholz sammeln gehören dazu. Frauen sind somit auch die ersten Ansprechpartner für einen bewussten Umgang mit Feuerholz. Margarete Soke, die Sprecherin einer Kleinbäuerinnengruppe, ließ sich überzeugen: „Meinen Feuerholz sparenden Herd habe ich selbst gebaut. Ich habe gelernt, wie der Lehm geknetet und gerollt werden muss; wie ein Herd gebaut wird. Ich kann meinen Herd selbst reparieren und brauche jetzt nur noch an jedem vierten Tag Holz zu sammeln.“ Es war Frau Soke, die sich für die Durchsetzung der Herde innerhalb der Gruppe einsetzte, ebenso für das neue Anpflanzen von Bäumen: Verschiedene Citrusbäume oder Papayas gehören dazu wie auch heilige Bäume, z.B. der Weihrauchbaum oder aber der Moringa-Baum, dessen Blätter und Rinde auch als Heilmittel und natürliches Pflanzenschutzmittel gebraucht werden können. Zudem werden Bäume angepflanzt, die vorrangig der Holzgewinnung dienen.

Das Gelingen von sozial und ökologisch tragfähiger Wiederaufforstung hängt davon ab, ob sie Holzgewinnung ermöglicht und dennoch die kulturell bedeutsamen und regional verankerten, u. U. langsam wachsenden, Baumarten berücksichtigt.

Die Menschen müssen das Denken in Nutzungskreisläufen erlernen. Dazu müssen die Kleinbäuerinnen geschult und begleitet werden. Im Schneeballsystem erwachsen aus den Kleinbäuerinnengruppen dann wieder neue Trainer, die weitere Gruppen unterrichten. Für das Herdtraining und weitere Baumschulen sind pro Kleinbäuerin 30 € notwendig.

*Spenden an :Zukunftstiftung Entwicklungshilfe,
Postfach 100829, 44708 Bochum*

Unsere Gedanken haben keine Flügel mehr. Sie haben nur noch Räder.

Hanns Cibulka

Projekt Eco Villaggio Autocostruito

Aufbau eines Ökodorfes in Eigeninitiative im Erdbebengebiet von L'Aquila, Abruzzen, Italien

Vernetzung verschiedenster Initiativen aus ganz unterschiedlichen Bereichen, wie solidarische Ökonomie, Nachhaltigkeit, Legalität, Kreativität, Spiritualität um nur einiges zu nennen, hat sich hier in Sizilien der Verein Siqillyah (der alte arabische Namen für Sizilien) zur Aufgabe gemacht. Drei Treffen in verschiedenen Städten gab es im Laufe des Sommers 2010. Dass diese Treffen auch von den örtlichen Verwaltungen aktiv mitgetragen wurden, fand ich Deutsche ein Novum... (Wie schwierig ist es oft in Deutschland örtliche Verwaltungen für diese Themen zu sensibilisieren!) Es gab ein reichhaltiges Programm, unter anderem die Vorstellung von EVA. Zwei Frauen, die schon des öfteren das Projekt besucht haben, berichteten anhand von Dias engagiert von dieser bemerkenswerten Initiative: Aus der totalen Zerstörung keimt eine kleine starke Pflanze des Neubeginns, der Hoffnung, der Veränderung! Und es wird nicht auf die „Hilfe von oben“ gewartet, die in Italien, auch wenn versprochen, nie ankommt oder an undurchsichtigen Stellen hängenbleibt....Den nachfolgenden Text entnahm ich der Informationsbroschüre von EVA.

Renate Brutschin

Pescomaggiore in der Umgebung von L'Aquila ist eines der Bergdörfer, welche durch das Erdbeben vom 6. April 2009 zum großen Teil zerstört wurden. Es wird noch Jahre dauern bis es wieder aufgebaut ist und das kann bedeuten, dass es ganz verlassen wird. So beschlossen eine Gruppe von Leuten aus Pescomaggiore und anderen betroffenen Orten, sich in nächster Nähe zum Ort selbst ein Haus zu bauen, in dem sie die nächsten Jahre leben können, in Verbindung mit einem anderen Wohnen (Strohballenbau, Anm.v.R.B.) und einer Zukunft für ihr Land. Mit eigenem Geld und dem aus Spenden. Zuvor hatten sie schon ein Komitee für den Wiederaufbau des Dorfes gegründet.

Juli 2010 eine erste Bilanz: Das Ziel, bis zum Herbst die ersten sechs Häuser fertig zu haben ist fast erreicht. Schon jetzt lebt die Familie Lopez aus Pescomaggiore in der Siedlung. Und schon bald werden 12 Personen wieder ein Dach über dem Kopf haben, die meisten aus Pescomaggiore, die anderen aus zerstörten Häusern der Nachbargemeinden. Eine Pflanzenkläranlage nimmt Formen an und die Imkerei, die von Signor Gregorio (einem alten Mann aus Pescomaggiore, Anm. von R.B.) behütet wird, ist schon Wirklichkeit, wie der Gemüsegarten der Siedlung, der Anbau von Safran, Patata turchese (eine alte einheimische Kartoffelart, Anm.v.R.B.), Dinkel und Grano solina (eine alte Weizenart, Anm.v.R.B.). Parallel dazu sind Initiativen und Projekte im Gang, die den Aufbau des zerstörten Dorfes betreffen.

Aber es gibt da noch anderes: Auf der Baustelle sind in der Zeit viele Menschen vorbeigekommen, aus ganz Italien und aller Welt. Die Baustelle ist zu einem der aktivsten und belebtesten Orte des ganzen Erdbebengebietes geworden. Ein Ort nicht nur der Arbeit, sondern des ständigen Austauschs von Kenntnissen. Es entstanden Freundschaften, eine starke Zusammenarbeit und auch Herzensverbindungen. Wenn das Hauptziel des Projektes war, Pescomaggiore nicht sterben zu lassen, sondern es wieder zu bevölkern, ist uns dies vielleicht schon zu einem guten Teil gelungen. Es wäre zu überlegen, dass die Siedlung EVA und auch das kleine Dorf Pescomaggiore für immer eine Baustelle bleiben, wo man/frau weitermachen müssten Träume und Projekte in die Tat umzusetzen. Wo ein anderes Wohnen ausprobiert wird, offen und ansprechend, wiederversöhnt mit der Erde, deren Gäste wir sind. Das lehrte uns übrigens das Erdbeben mit seiner zerstörerischen Energie, die Tod und Leid gebracht hat: Wir lebten am richtigen Ort, aber auf falsche Weise. In unsicheren Häusern, zugesperrt durch Egoismus, eingezäunt in Privateigentum und trägen Gewohnheiten, unfähig zu teilen, Räumlichkeiten und Zeiten zusammenzulegen, um sich gegenseitig zu helfen. Aus diesem Grunde sollten die Bewohner von EVA auch in Zukunft all jene sein, die hier vorbeikommen oder die etwas beitragen wollen und Lust haben etwas in Bewegung zu setzen.

Wenn das so oft wiederholte Motto zum Wiederaufbau von L'Aquila und unseren Dörfern dies ist: „Com'era e dov'era“ („Wie es war und wo es war“, Anm.v.R.B.) müsste unseres lauten: „Dove eravamo, in ogni luogo, come decideremo insieme“ („Wo wir waren, in jedem Ort, wie wir gemeinsam entscheiden werden“, Anm.v.R.B.)

Wer mehr über dieses Projekt erfahren und/oder tatkräftig mit zur Hand gehen möchte, kann sich an nachfolgende Adresse wenden:

www.pescomaggiore.org (in verschiedenen Sprachen)

Dario D'Alessandro (Comitato per la rinascita di Pescomaggiore), 0039-328 9436136

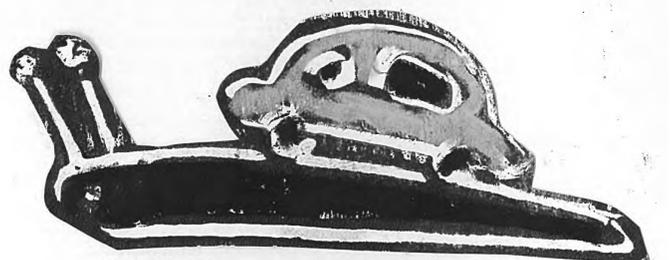
dariodalessandro@libero.it

Wer EVA finanziell unterstützen möchte:

iban: it 87 s 057481540410000008397

Comitato per la rinascita di Pescomaggiore

Vermerk: ecovillaggio



Pflanzliche

Fruchtbarkeit und Gefährdetheit

Bei einer älteren Roggensorte, gefunden im Bauschutt von einer Hausisolierung, ist es gelungen, ein einzelnes Korn so fruchtbar werden zu lassen, dass 18 einzelne Halme hervorzuschlagen. Und davon jeweils wieder 60 Körner.

Insgesamt heißt das also: Aus einem Samen wuchsen 1080 neue Getreidekörner. Welche unglaubliche Fruchtbarkeit! Dies stellt alles in den Schatten, was Ökonomen aus irgendwelchen Unternehmungen an Profiten herausholen wollen.

Doch wie wenig schätzt es der Mensch inzwischen, mit diesen fruchtbaren Zeugnissen der Pflanzenwelt möglichst hilfreich umzugehen! Stattdessen sollen ganz extreme Entstellungen auch hier walten. So ist durch genetische Experimente unter anderem daran gearbeitet worden, daß Pflanzen sich selber unfruchtbar machen. Das erzeugt den Zwang, sich von den Saatgutkonzernen vor jedem neuen Anbau beliefern lassen zu müssen.

Wie schnell gesunde Naturzusammenhänge kippen können, zeigt sich auch dann, wenn Pflanzen aus anderen Gegenden eingeführt werden, die kein natürliches Gegengewicht haben. So breitet sich in verschiedenen europäischen Gebieten der giftige Riesenbärenklau recht aggressiv aus und verdrängt massenhaft heimische Gewächse.

Normalerweise herrscht in den einzelnen Naturbereichen eine großartige Übereinstimmung. Gerade die Langsamkeit im Wachstum verleiht vielfach eine besondere Stärke, wie das ja bei den Bäumen zu sehen ist. Manchmal dauert es Jahrhunderte, bis sie sich voll ausgestaltet haben und wahrhaft majestätisch dastehen.

In kalten Zonen kann eine nochmalige Verzögerung bei den Wachstumsgeschwindigkeiten beobachtet werden. Dadurch behaupten sich manche Gewächse auch noch dort. Die Größe einer bestimmten Pflanzengattung bleibt dann geringer.

Oder es gehen die Wurzeln mancherorts sehr tief, um Wasser aus dem Boden herauszusaugen. Überhaupt ist das ein Phänomen für sich, wie einzelne Pflanzen bis in ihre Spitzen hinein durch saugende Kräfte mit Flüssigkeit versorgt werden.

Manches spielt sich überwiegend unter dem Boden ab. So wurde in den Vereinigten Staaten ein unterirdischer Pilz entdeckt, der eine Fläche von 1665 Fußballfeldern einnahm. Er gilt als größtes Lebewesen der Erde. Oben sind nur Hütchen zu sehen. Generell gilt bei Pflanzen, dass sie vieles hindurchleiten, im Unter-

schied zum abgeschlossenen Mineral. Die organische Welt besitzt einen strömenden Charakter, während das bloß Materielle statisch in sich verharrt.

Dadurch tritt auch eine Empfänglichkeit für Rhythmen auf, welche nicht dem Irdischen entstammen, sondern aus einem Zusammenhang mit dem Planetensystem resultieren. Dort ist wiederum bezeichnend, dass die schnelleren Bewegungen mehr im Innenbereich walten, bei den untersonnigen Wandelsternen.

Das hat mit dem zu tun, was auf die Erde einströmt. Bei den Pflanzen bewirkt dies insbesondere ihr Verwurzeln und ein äußeres Entfalten.

Blühenhaftes selber ist ganz sonnengeprägt. Und was darüber hinausreicht mit Frucht- und weiterwirkender Samenbildung, das hängt mit den langsameren Rhythmen des oberen oder äußeren Planetenbereiches zusammen.

Insgesamt kann bei blumenartigen Gewächsen gesagt werden, dass da eine Himmelstätigkeit eingreift. Noch stärker gilt das bei Bäumen, wo Irdisches emporgehoben wird.

In den Blumen senkt sich Himmlisches herab. Beim Baum steigt etwas von der Erde mit empor. Und in den Früchten haben wir eine Vereinigung zwischen beidem.

Himmel und Erde wachsen da zusammen.

Das mündet uns beim Apfel und bei anderen Fruchtbildungen. Bäume geben außerdem Wohnplätze ab für Tiere, die sich auf der Erde kaum behaupten könnten. So ist zum Beispiel von Kopfweiden bekannt, daß sie über 1000 Tierarten beherbergen oder ihnen als Futterquelle dienen.

Blumen, Sträucher und Bäume kommen ganz allgemein in ihrer erhebenden Geste dem entgegen, was in der Tierwelt mehr fliegenden Charakter hat: Insekten und Vögeln. Zwischen diesen beiden Lebensplänen gibt es eine enge Gemeinschaft.

Manchmal besteht eine existenzielle Zusammengehörigkeit. So ernähren sich die Larven des Tagpfauenauges und Kleinen Fuchs ausschließlich von der Brennessel. Wenn solche Gewächse nicht vorhanden sind, verschwinden auch diese Schmetterlinge aus der betreffenden Gegend.

Grundsätzlich sind Tiere sehr stark auf ihre Umgebung bezogen und können bei drastischen Veränderungen plötzlich verschwinden. Für Pflanzen kann dies jedoch ebenso gelten, vor allem in Abhängigkeit von klimatischen Bedingungen.

Gewisse Witterungsschwankungen lassen sich zwar

immer wieder ausgleichen. Doch wenn ein stärkerer Klimawandel einsetzt, können bestimmte Pflanzen nicht mehr überleben. Oder es treten andere auf, die vorher keine Existenzmöglichkeit hatten. Insgesamt kann gesagt werden, dass der Natur der Erde ein intensives Zusammenwirken zu grunde liegt. Alles ist eng aufeinander bezogen. Der Mensch hat sich zwar zunehmend vom bloßen Ausgeliefertsein an naturhafte Bedingungen gelöst und seine Siedlungsmöglichkeiten immer mehr selber bestimmt. Doch wenn das nicht in guter Übereinstimmung mit den organischen Lebensbezügen erfolgt, können drastische Einbrüche bis hin zu regelrecht katastrophalen Ereignissen drohen. Insofern sollten wir doch sehr daran interessiert sein, das Gleichgewicht in den Naturabläufen zu bewahren und mehr mitverantworten. Sonst schlägt manches bedrängend und verderblich auf uns zurück.

Anton Kimpfner

*Eisiger Wind
weht zwischen Seelen.
Kinder leiden,
hört sie keiner?*

*Herzen werden kaltgestellt,
nur Maschinen zählen.
Ihnen zu gehorchen
müßten wir ohne Fehler sein.*

*Menschen aber wehren sich,
wenn Fühlen ist verschmählt,
spenden Wärme und Licht
für eine Zukunftswelt.*

Gabriele Kleber

Leserreaktionen

Erstaunlich, was die handgeschriebenen Titel für das lebendige Erscheinungsbild einer Zeitschrift ausmachen (von Barbara Wagner)! Man merkt es erst, wenn sie weggefallen sind, wie in der letzten Nummer. Ein echter Verlust. Zum Glück gibt's noch die schönen Zeichnungen und das Titelblatt von Renate Brutschin.

Gerold Aregger, Bern

*Doch tragen Menschen, die vom Karma
sind geeint,
Ein jeder von des anderen Wesenheit
Im eignen Sein ein wirksam Teil
in sich...*

*Rudolf Steiner, Entwürfe zum Mysterien-
drama „Der Seelen Erwachen“*

Seminare und Vorträge mit Anton Kimpfner

Fr., 29. Okt. 2010, 20 h bis So., 31. Okt. 2010, 12 h

Der Mensch und die Stufen der Engel- reiche

Mit Anton Kimpfner, Freiburg und Regula Berger, Bern
Zwar stimmt es, dass wertvolle Wesen nicht in unsere Persönlichkeit eingreifen. Das erklärt manches Irren und Gefährdetsein in unserer Zeit. Doch wenn wir uns bewusst genug anstrengen, ist ein desto klarerer Zugang zu höheren Weltgebieten möglich. Dies benötigen wir mehr denn je für die eigene Entwicklung, das soziale Miteinander sowie auch bis in die Naturgebiete und kosmischen Zusammenhänge hinein.
Anmeldung: Bildung im Rütihubelbad, CH-3512 Waltringen, +41 (0)31 7008383, www.ruettihubelbad.ch

18. und 19. September 2010

Die Zukunft gehört dem schöpferischen Menschen

Die Bedeutung der Kunst im Zeitalter der Technik -
Elektronische Fesselung oder geistige Befreiung -
Jugend und Gewalt
Vorträge von Anton Kimpfner, Beitrag und Bewegungsspiele mit Ansgar Liebhart (bitte leichte Schuhe mitbringen) und Gespräche.

Im Forum 3, Gymnasiumstr 21, Stuttgart-Mitte
Anmeldung bei Christine Joppig, Brunnenbergstr.
23, 71334 Waiblingen, Telefon; 07151-36744

EULENSPIEGEL'S KULTURRAUM

September 2010

Montag, 13. September 2010, 20 Uhr

Lesen und Gespräch

Wir beschäftigen uns mit kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Themen vor dem Hintergrund der „Dreigliederung“. Wie sieht das in unserem Alltag aus und welche Möglichkeiten sehen wir? Initiative: Günter Edeler, Tatjana Kerl, Klaus Korpiun.

weitere Termine: 27. September 11. Oktober 25. Oktober., 8. Nov., 22. Nov., 6. Dez., 2010

Mittwoch, den 15. September 2010, 20 Uhr

Der Agrar Rebelle

Permakultur in den Salzburger Alpen

Ein Film von Bertram Verhaag

Im südlichsten Zipfel des Salzburger Landes - im Lungau - dem „Sibirien Österreichs“ - betreibt der Land- und Forstwirt Sepp Holzer auf seinem Bergbauernhof eine Landwirtschaft der besonderen Art.

Länge 45 Minuten und Gespräch

Donnerstag, 23. September 2010, 20 Uhr

Kulturtreffen

Ideen und Planung für das Programm „Eulenspiegel's Kulturraum“ Alle Interessenten sind willkommen

Donnerstag, den 23. September 2010, 19.30 Uhr

Redekreis

Wie viele alte Kulturen praktizieren auch die indischen Völker den Redekreis... und praktizieren ihn in traditionellen Gemeinschaften heute noch. Wir haben den Redekreis mit Manitonquat kennengelernt und dort sehr viel über ein achtsames, respektvollen Miteinander lernen können. Mit Mara Reinmuth und Armin Dangel. Teilnahme jederzeit nach vorheriger telefonischer Anmeldung 08382-7159471 oder 0176-49661288 (auch 7. und 21. Okt., 4. und 18. Nov., 2. und 16. Dez. 2010)

Oktober 2010

Samstag 9. Oktober ab 15 Uhr bis Sonntag 10. Oktober 2010 12.30 Uhr

Ideenwerkstatt- Denktag

Freie Kultur und Solidarische Wirtschaft - Aktualität der sozialen Dreigliederung mit Dieter Koschek, Anton Kimpfler und Euch

Mittwoch, den 13. Oktober 2010, 20 Uhr

Workingman`s Death

Workingman's Death erzählt von den letzten Bastionen der körperlichen Arbeit, über die Gewalt, die diese Form der Arbeit dem Menschen antut, und über das, was er verliert, wenn es diese Arbeit nicht mehr gibt.

Film 2005, 122 Min., in Auszügen mit Gespräch

Freitag, 22. bis Sonntag, 24. Oktober 2010

Angst vor eigener seelischer Lebendigkeit

Das Lustige und das Gestrenge in uns

Mittwoch, 27. Oktober 2010, 20 Uhr

Gentechnologie und andere Angriffe auf das Leben

Rundgespräch mit Anton Kimpfler und Karl-Heinz Dewitz

November 2010

Mittwoch, 10. November 2010, 20 Uhr

Machtkämpfe im Kleinen und Größeren

Rundgespräch mit Anton Kimpfler und Günter Edeler

Mittwoch, 17. November 2010, 20 Uhr

Democracy-In-Motion

Politik als Abenteuer..... Initiiert vom Goetheinstitut zeigt der Film Stationen der Europareise des „Omnibus für Direkte Demokratie“ an den Ursprungsort der Demokratie, nach Athen.

Film und Gespräch

Dezember 2010

Mittwoch, 1. Dezember 2010, 20 Uhr

Rundgespräch im Gedenken an Peter Schilinski

Rundgespräch mit Anton Kimpfler und Ingrid Feustel

